Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfg.
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Email Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Montag den 22. März 1926 — Nummer 68

Heraus zum gemeinsamen Kampf!

Gegen Erwerbslosigkeit und Kulidasein

Die furchtbare Wirtschaftskrise, die das Elend der deutschen Massen ins Unermeßliche steigert, dauert unvermindert fort. Die Berichte der statistischen Landesämter zeigen Woche für Woche, daß von einem Rückgang der Millionenziffern der Erwerbslosen und einer Besserung der Wirtschaftslage keine Rede sein kann. Unter der Parole der Rationalisierung der Betriebe gehen die Unternehmer jeden Tag zu neuen Massenentlassungen über.

Mit aller Brutalität nutzen die Unternehmer die Lage aus. Kaltblütig mit Massenentlassungen und Betriebseinschränkungen wird der planmäßige Angriff entsprechend dem Wirtschaftsprogramm der Industriellen auf Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne fortgesetzt. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die sächsischen Metallindustriellen kennzeichnet die Rotte der Unternehmer. Die vor wenigen Tagen beendete Tagung der sächsischen Industriellen läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß auch die sächsischen Scharfmacher die Wirtschaftskrise zu einer Sanierung ihrer Betriebe auf Konto der Arbeiter ausnutzen werden. Klar und deutlich haben ihre Syndici ausgesprochen, daß es das Ziel der sächsischen Industriellen ist, die Spanne zwischen Arbeitslohn und Erwerbslosenunterstützung zu vergrößern. Das bedeutet nicht nur die Forderung an die Reichsregierung, keine Erhöhung der staatlichen Unterstützung vorzunehmen, sondern ist die Forderung nach Abbau der Unterstützungssätze unter gleichzeitigem Mitmachen der Löhne der noch im Betrieb beschäftigten Arbeiter. Die Erwerbslosen sollen vom Hunger und von der Verzweiflung gemahnt gegen die im Lohnkampf stehenden Arbeiter ausgespielt werden. Die Wünsche der Unternehmer werden von dem Luther-Kabinett auf das tatkräftigste unterstützt. Der deutsche Arbeitsminister hat erst am Freitag auf der in London stattgefundenen Arbeitskonferenz gezeigt, daß er auf die Bitten des ADGB. pfeift.

Der deutsche Arbeitsminister hat nach Verständigung mit den übrigen kapitalistischen Staaten die wenigen Bestimmungen des Washingtoner Abkommens preisgegeben, die den deutschen Arbeitern eine Erleichterung ihrer Lage hätten bringen können. Die Luther-Regierung glaubt, daß die deutschen Arbeiter in der Zeit dieser Krise nicht in der Lage sein werden, einen entschlossenen Kampf gegen diese Verschacherung des Achtstundentages zu führen. Der Reichswirtschaftsminister hat noch vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß aller Voraussicht nach auf längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Das ungeheure Elend soll also zum Dauerzustand in Deutschland werden. Kein Arbeiter, der heute noch im Betrieb steht, ist angesichts der furchtbaren Krise vor dem traurigen Los der Arbeitslosen geschützt. Wollen die Arbeiter nicht die Leidtragenden sein, wollen sie nicht, daß auf ihre Kosten der Wiederaufbau der deutschen kapitalistischen Wirtschaft vollzogen und ihr Kulidasein zum Dauerzustand wird, dann müssen sie sich zusammenfinden in einer gemeinsamen Abwehrfront. Trotz aller Sabotage ihrer reformistischen Führer der SPD. und der Gewerkschaften.

Erwerbslose und Arbeitende! Euer Los und euer Schicksal ist das gleiche, gemeinsam muß auch euer Kampf sein!

Morgen, Dienstag, marschieren im ganzen Reiche die Erwerbslosen in gewaltigen Kundgebungen auf. Gegen die Unternehmeroffensive gilt es, die schärfste Abwehrfront der Erwerbslosen und aller Arbeitenden zu schaffen.

Darum ist Solidarität aller klassenbewußten Arbeiter mit den Erwerbslosen dringendste Notwendigkeit. Morgen müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen beim

Reichs-Erwerbslosentag

gemeinsam in machtvollen Demonstrationen aufmarschieren:

Gegen die Unternehmeroffensive und die kapitalistische Rationalisierung — für die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß — für ausreichende Unterstützungen — für den Achtstundentag — gegen die Unternehmer-Regierung Luther!

Massenarbeitslosigkeit und Gewerkschaften

Ein Wort zum Erwerbslosentag am 23. März.

V. Kr. Als noch vor weniger als einem Jahr die Kommunistische Partei das Wesen der damals sich bemerkbar machenden angeblichen „Gesundungskrise" charakterisierte und immer wieder die völlige Aussichtslosigkeit betonte, mit Hilfe des Dawesplanes die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen, da erntete sie für ihre Feststellungen nur Hohn und Spott von allen Seiten. Die sogenannte Rationalisierung befand sich in ihrer Sünden erster Maienblüte, die Anleihen aus dem Land der Dollarsonne begannen zu fließen und die deutsche Bourgeoisie hatte sich von dem Schrecken von 1923 bereits wieder so erholt, daß sie durch die Einführung der Kampfzölle ihre imperialistischen Neigungen offen kundtat.

In weniger als Jahresfrist hat sich das Bild gründlich geändert. Wohl versucht die Regierung noch, durch ihr bekanntes Finanzprogramm Silberstreifen an den Horizont zu zaubern; sie kann aber trotzdem nicht leugnen, daß sich in Deutschland bisher nichts stabilisiert hat als Elend, Hunger und Massenarbeitslosigkeit. Hatte schon der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vor einigen Wochen anläßlich der Beratung der Erwerbslosenunterstützung im Reichstag seine Befürchtung ausgesprochen, daß mit einer Millionenarbeitslosigkeit für die nächsten Jahre zu rechnen sei, er gebrauchte dieses Argument nebenbei, um die Unzulänglichkeit einer Unterstützungserhöhung zu beweisen — so war auch die Programmrede des volksparteilichen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, die er am Freitag im Reichstag hielt, auf denselben tristen Ton gestimmt. Er erklärte wörtlich:

„Angesichts des ungeheuren Umfanges der Arbeitslosigkeit ist es schwer, zu prophezeien, wie weit, und vor allem wie bald Wiederaufnahme und Auffangung der Arbeitermassen durch die umgestellte Wirtschaft erfolgen kann. **Voraussichtlich werden wir auf längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosenziffer als noch vor Jahresfrist rechnen müssen.**"

Im Anschluß an diese Aeußerung kündigte Minister Curtius „großzügige Siedlung und Verpflanzung aufs Land" an. Seine Worte werden deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß nach amtlichen Angaben die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen im ersten Vierteljahr 1925 zwischen 470 000 und 593 000 schwankte. Zieht man also noch die Zahl der damals schon Ausgesteuerten und der Kurzarbeiter in Betracht, so ergibt sich klipp und klar, daß der Minister offen zugeben mußte, **daß mit einer Millionenarbeitslosigkeit nicht nur auf Monate hinaus, sondern in den nächsten Jahren überhaupt zu rechnen ist.**

Die handelspolitischen Ereignisse der letzten Monate bestätigen diese Ansicht. Sie beweisen, daß es nichts nutzt, mit Hilfe kostspieliger Dollaranleihen, auf Kosten von Hunderttausenden auf die Straße fliegenden Arbeitern die Produktion umzustellen und zu „rationalisieren". Der — man kann ihn nicht anders bezeichnen — Rationalisierungsfimmel, die klavische Nachahmung des amerikanischen Beispiels, zeigt aufs schlagendste die völlige Rat- und Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die nur an die Steigerung der Produktion, an die Erraffung von Mehrwert denkt und sich keine Gedanken darüber macht, ob sie die erzeugten Güter auch absetzen kann. Jetzt auf einmal merken die deutschen Kapitalisten, daß alle europäischen Staaten, der Hauptmarkt der deutschen Erzeugnisse, vor allen Dingen England, sich systematisch gegen Deutschland absperren, da sie für ihre eigene Industrie nicht einmal genügende Absatzmärkte haben, die ihnen durch die Industrialisierung der Ueberseestaaten und durch den übermächtigen Dollar verloren gegangen sind.

So stehen die Dinge. Die Arbeitslosen, die am 23. März in ganz Deutschland auf die Straße gehen, müssen wissen, daß sie nicht nur für ihre Tagesforderungen, für die augenblickliche Erleichterung ihrer Lage zu demonstrieren haben. Gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft müssen sie, die die Opfer der chronischen, sich auf Jahre erstreckenden Krise sein sollen, fordern, daß seitens der zuständigen Organisationen der Arbeiterschaft die unbedingt nötigen Schritte unternommen werden, um einer Katastrophe für die deutsche Arbeiterklasse vorzubeugen. Bis jetzt ist der Ernst der Lage durch die sich an die zusammenbrechenden Dawesillusionen klammernden Gewerkschaftsführer systematisch verheimlicht worden. Indessen hat schon vor einigen Wochen der Vorsitzende des größten deutschen freien Verbandes, Dißmann, in einer Reichstagsrede **ausgesprochen, daß von der europäischen Wirtschaftskrise vorausgesetzt werden muß, daß sie nicht in einigen Monaten vorübergeht, sondern wohl Jahre dauern wird, und daß man wohl keineswegs der Meinung sein dürfe, daß durch die**

Der Krach in der SPD.

Eine neue Erklärung der 23 gegen die Landtagsauflösung — Der Parteivorstand für die Rechten

Der „Dresdner Anzeiger" bringt heute eine Meldung der Telunion über eine Fraktionssitzung der SPD., die am Sonntag vormittag um 11:30 Uhr im Landtagsgebäude stattgefunden hat. Die Sitzung war einberufen von dem linken Vertreter Arzt. Außerdem sollte an derselben der Parteivorstand teilnehmen. Erschienen waren, wie die TU. meldet, auch fast alle Rechten erschienen. Gegen 12 Uhr erklärte dann Arzt, daß der Parteivorstand nicht erscheine. Die Linken verlangten, daß ein Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht werde.

Von den anwesenden 21 Rechten wurde diese Forderung geschlossen abgelehnt. Die Linken erklärten darauf, daß sie einen solchen Antrag von sich aus an den Landtag einbringen müßten und verlangen werden, daß dieser am Donnerstag auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt werde. Die Rechten erklärten, sie werden durch ihren Widerspruch die Beratung verhindern und auch einer Sondertagung zur Beratung des Antrages nicht zustimmen. Damit ist von Anfang an klargestellt, daß die Rechten einem Auflösungsantrag nicht zustimmen werden. Einen Beschluß hat diese Sitzung nicht nach der Lage in Sachsen gefaßt. Wohl aber zu beachten ist die Stellung des Parteivorstandes. Aus dem Bericht der Telunion, aber auch nach uns zur Kenntnis gelangten Mitteilungen, sollte der Parteivorstand an dieser Sitzung teilnehmen. Die Linken gaben sich nämlich immer noch der Hoffnung hin, daß sie vom Parteivorstand gestützt werden. Die Tatsache, daß der Parteivorstand sein Erscheinen abgesagt hat, zeigt, daß **der Vorstand die Politik der Rechten nach wie vor unterstützt.** Insbesondere für die sozialdemokratischen Arbeiter ist diese Haltung des Parteivorstandes beachtlich. Am Donnerstag haben die Mitglieder der SPD. in Striesen einen Beschluß gefaßt, 12 im Bezirk Ostsachsen wohnhafte Abgeordnete aus der Partei herauszuwerfen. In der Begründung zu diesem Beschluß berufen sich die Striesener SPD.-Arbeiter auf den Parteivorstand, seine Haltung auf dem Heidelberger Parteitag, in der Sachsen-Kommission und auf den Landesparteitag. Das Fortbleiben des Parteivorstandes von der gestrigen Sitzung der SPD. ist die Antwort desselben auf den Rechtskurs der SPD.-Arbeiter.

Die SPD.-Arbeiter in Sachsen müssen einsehen, daß sie auch von dem Parteivorstand genarrt werden. Sie können ihre Politik nur durchsetzen, wenn sie auch dem Vorstand gegenüber die schärfsten Mittel in Anwendung bringen. Wir haben den SPD.-Arbeitern ständig gesagt, daß nur dann, wenn sie außerhalb des Parlaments, aber auch über den Rahmen ihrer Partei hinaus die Massen gegen diesen Landtag mobilisieren, die Möglichkeit, diesen Landtag zu bewinden, gegeben ist. Die Rechten werden sich um die Beschlüsse der Parteimitglieder nicht kümmern.

So lange ihnen nicht der Boden unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern entzogen wird, machen sie, was sie wollen. Die einzig gegebene Kampfplattform für die gesamte Arbeiterschaft ist die Bildung von Einheitskomitees in den Betrieben, die einen Massenprotest der Arbeiter gegen die Rechten entfesseln. Durch die schwankende und schlappe Haltung der Linken und ein paar Beschlüsse, die sich noch auf den Boden des Parteivorstandes stützen, erledigt man die Verräter und Renegaten nicht.

Nach dem Verlauf der Tagung im Landtag ist die Lage für jeden Arbeiter klar. Einheitsfront im Betrieb gegen alle Feinde der Arbeiterschaft.

Klassenjustiz als Kampfmittel in der sächsischen SPD.

Das Drunter und Drüber in der sächsischen SPD. nimmt immer groteskere Formen an. Nach den Informationen der bürgerlichen Presse steht es fest, daß die 23 Rechten entgegen den klaren Beschlüssen des Landesparteitages auch einen nach den Osterferien Mitte April geplanten Antrag auf Auflösung des Landtags gemeinsam mit den bürgerlichen niederstimmen werden. Als neueste Methode überschwemmen sie alle linken sozialdemokratischen Zeitungen, die sich gegen ihr arbeiterverräterisches Treiben wenden, mit „Berichtigung" auf Grund des Pressegesetzes. Gegen diejenigen Zeitungen, die sich an dieser Mohrenwäsche nicht beteiligen wollen, planen die 23 mit Hilfe der Klassengerichte vorzugehen, um sie zur Aufnahme der „Berichtigungen" zu zwingen. Ebenso ist die bürgerliche Presse angegangen worden, ihren Raum für den Kampf der 23 gegen die linke SPD. zur Verfügung zu stellen.

Der „Anzeiger" ist, wie die „Volkszeitung" mitteilte, schon zum Zentralorgan der 23 geworden.

Die Jammertöne der Linken werden daran nichts ändern. Hier hilft nur der Aufmarsch der Arbeiter.

Rationalisierungsbestrebungen der gesamten Wirtschaft geholfen und sie zu einer Gesundung geführt werden könne. Aus dieser Erkenntnis heißt es die Konsequenzen zu ziehen!

Was eine nach Millionen zählende industrielle Reservearmee, die jahrelanger Verelendung und Verzweiflung preisgegeben sein soll, für alle Kämpfe der Arbeiterschaft um Lohn und Arbeitszeit bedeutet, braucht nicht mehr näher erörtert zu werden. Geradezu verantwortungslos würden die Gewerkschaftsführer handeln, wenn sie weiter dabei bleiben würden, wie bisher die Millionenmassen der Arbeitslosen zu vernachlässigen und ihre gewerkschaftliche Zusammenfassung zu sabotieren, weil sie es „ablehnen, sich von den radikalisierten Massen ihre Taktik vorschreiben zu lassen". Bisher haben die ADGB.-Führer sich dem Willen der Arbeitslosen nach Anerkennung ihrer Ausschüsse verschlossen, mit der Ausrede, daß die Krise in kurzer Zeit behoben sein werde. Wenn sie angesichts des Zugeständnisses, daß die Krise eine Dauerkrise ist, ihre Einstellung nicht ändern, dann schaffen sie einen Zwiespalt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, der von verheerender Wirkung auf die Gewerkschaftsbewegung sein müßte.

Das darf nicht geschehen! Die Geschehnisse in England, das die „stabilisierte" Erwerbslosigkeit, die Deutschland bevorsteht, bereits kennt, zeigen, daß die Gewerkschaften nur siegen können, wenn sie auf die treueste Solidarität der Arbeitslosen rechnen können. Soll in der kommenden Fortentwicklung der deutschen Krise, die zweifellos weitere Angriffe der Unternehmer auf Arbeitszeit und Lohn bringen wird, die Arbeiterschaft in den Betrieben bestehen können, **so nur dann, wenn sie in ihrer Gesamtheit begreift, daß engste Verbindung mit den Erwerbslosen nottut und am 23. März der Reichsarbeitslosentag sich zu einer wuchtigen Demonstration der gesamten Arbeiterschaft für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Unternehmeroffensive und Lutherregierung gestaltet.**

Verschleppung des Volksentscheids

Berlin. Der „Montag Morgen" meldet, daß die Regierung die Absicht hat, nach der Ablehnung des durch das Volksbegehren geforderten Gesetzes auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Reichstag **den Volksentscheid bis zum Herbst hinauszuzögern.** Luther hofft, daß bis dahin die heftige Erregung gegen die fürstlichen Räuber abgeflaut sein wird. Dazu schreibt die „Rote Fahne am Montag": „Es ist kein Zweifel, daß wenn mit Hilfe der Sozialdemokraten Luther in der Genfdebatte ein Vertrauensvotum bekommt, er seine neue, gefestigte Stellung ausnutzen wird, um den Volksentscheid nach Kräften zu verhindern. Um die Fürsten zu unterstützen, kommt es den Regierenden auf eine kleine Umbiegung der Verfassung nicht an. Gegen alle derartigen Versuche, den Volksentscheid hinauszuzögern und zu sabotieren, müssen die Massen sich zusammenschließen. Die Demonstration am Dienstag gegen die Not der Arbeitslosen muß zugleich eine Demonstration für die Beschleunigung des Volksentscheids werden. Einheitskomitees der Werktätigen zur Förderung des Volksentscheids, zur Bekämpfung aller Sabotage gegen ihn sind dringend notwendig."

Die Demokraten sind bemüht, die Entscheidung umzubiegen; sie verlangen eine baldige Entscheidung, jedoch nicht über den Volksentscheid, sondern über den Kompromißentwurf. Mit dem Kompromißentwurf soll die Front umgebogen werden. Das „Berliner Tageblatt" vom Sonnabend schreibt, daß es überzeugt ist, daß eine etwas stärkere Anstrengung der Kommunisten und Sozialdemokraten die erforderliche Anzahl Wähler an die Urne bringen wird. Darum mahnt das „Tageblatt":

„Es ist diesmal schon ein ungeheurer Massenandrang gewesen, als Auftakt. Wird der Kompromißentwurf verschleppt, kommt das Volk zu der Ueberzeugung, daß es verhöhnt werden soll, daß es nicht ernst ist mit einem Ausgleich, der auch ihm seine Rechte läßt, so wird sich ein Sturm erheben, gegen den die Erregung vor dem Volksbegehren nur ein schwaches Säuseln der Lüfte war. Dann werden sich die Stimmen leichter verdoppeln lassen, als es heute die Jusqu'au bout-Monarchisten glauben, die schon ihre Wahlfonds gespickt mit Goldmillionen der dankbaren Potentaten sahen. Darum möge man überall so loyal verfahren, wie es die Demokratische Partei getan hat. Und man möge nicht zögern, den entschiedenen Willen zu dieser Loyalität zu zeigen."

Die Arbeiter, die betrogenen Sparer und kleinen Rentner, die Opfer des Krieges, der Inflation und der Arbeit werden sich durch das Kompromiß nicht einfangen lassen, sie werden alle Mittel anwenden, die Kräfte anspannen, um die restlose Enteignung der Fürsten durchzuführen.

Heraus zum Bürgerkrieg!

„Alle Waffen und reichlich Munition mitbringen!" Die Bürgerkriegs-Bereitschaft des „Stahlhelms"

Wir gelangen in den Besitz des folgenden, sehr aufschlußreichen Dokuments:

Der Stahlhelm — Greifswald, den 9. 2. 26
Kameradschaft Süd
Ortsgruppe Greifswald — **Geheim!**

Untergruppenbefehl Nr. 1

1. **Sie gehören zur Untergruppe 3 der Kameradschaft Süd. Führer der Untergruppe 3 bleibt wie bisher Kamerad Zahnarzt Schröder. Als taktischer Führer tritt hinzu Kamerad Rohrbach.**
2. **Das Stichwort für einen eventuellen Alarm der Gruppe heißt**
   „Schnelldienst U" bei einem Probealarm,
   „Schnelldienst E" im Ernstfalle.
3. **Bei einem Alarm mit dem Stichwort „Schnelldienst U" haben Sie sich sofort uniformiert nach dem Sammelplatz** der Untergruppe 3 zu begeben.
4. Erhalten Sie Alarmbefehl mit dem Stichwort „Schnelldienst E", haben Sie auf dem schnellsten Wege auf dem **Sammelplatz der Untergruppe 3 zu erscheinen, und zwar, in Zivil und ohne Abzeichen. Die Uniform ist in diesem Falle unauffällig verpackt mitzubringen. Ebenso alle Waffen und reichlich Munition. (!!!)**
5. **Der Sammelplatz der Untergruppe 3 ist der Hofraum der Villa des Kameraden Zahnarzt Dr. Schröder, Fleischerstraße 22.**
6. **Bis zum 10. d. Mts. ist mir zu melden, auf welche Weise und Art ich Sie des Nachts erreichen kann.**
7. **Bei einem befohlenen Alarm haben Sie sich spätestens 5 Minuten nach Empfang des Befehls nach der unter Ziffer 3 und 4 befohlenen Art auf dem Sammelplatz der Untergruppe 3 einzufinden.** A. B.: **Rohrbach.**

Dieser „Untergruppenbefehl" zeigt, daß die Bürgerkriegsrüstungen der sogen. „**Vaterländischen Verbände**" mit Hochdruck betrieben werden und schon sehr weit gediehen sind.

Die Arbeiterschaft muß sich über **die Mittel, mit denen allein solchen Rüstungen begegnet werden kann, klar werden.** Es muß eine Rote Abwehrfront aller klassenbewußten Arbeiter geschaffen werden, um die Monarchisten und Pazifisten überall zurückzuschlagen.

Die Luther-Regierung, die das Treiben der Monarchisten kennt, unternimmt gegen die bewaffneten Banditen nichts. Statt dessen trifft sie alle Vorbereitungen, um die Organisationen der Arbeiter zu verbieten. **Erst in der vorigen Woche** marschierte im ganzen Reiche der **Rote Frontkämpfer-Bund** auf, um gegen ein geplantes Verbot zu demonstrieren. Der RFB. ist eine unbewaffnete Organisation, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Massen über die Ursachen imperialistischer Kriege aufzuklären. Gegen diese Organisation richtet sich aber seit ihrem Bestehen der Haß der Besitzenden. Die obenstehende Aufforderung zeigt die Gefahr, die das Proletariat bedroht. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich gegen diese Gefahr zusammenschließen, muß ein Verbot der Arbeiterorganisation verhindern. Aber der obige Befehl der Arbeitermordorganisation zeigt noch mehr: er zeigt, daß es keineswegs richtig ist, wenn der „Vorwärts" oder die übrige SPD.-Presse geschrieben, daß mit dem Volksbegehren die monarchistische Bewegung in Deutschland erledigt sei. Im Gegenteil: der gewaltige Aufmarsch der Massen wird den monarchistischen Organisationen ein Anreiz sein, vielleicht heimlicher als bisher, aber dennoch zu rüsten. Eine noch gewaltigere Vorbereitung des Volksentscheids muß die Gefahr zurücktreiben. Aber über diese Arbeit hinaus muß die Arbeiterschaft sich ständig bereit machen zu ernsten Auseinandersetzungen.

Schmiedet die Rote Front! An der Einheit der Arbeiterklasse müssen die Gegner zerschellen.

Volksbegehren, ein „Lichtblick"

Berlin. Ein Vertreter der „Welt am Abend" sprach verschiedene Parteiführer über ihre Stellungnahme zum Ergebnis des Volksbegehrens. Der Volksparteiler Kahl erklärte: „Das Volksbegehren ist keine ernste Sache, keine Art, wichtige Angelegenheiten zu erledigen." Der Zentrumsabgeordnete Joos erklärte, „die Partei würde aus der Beteiligung der Zentrumswähler am Volksentscheid keine Konsequenzen ziehen; es sei nicht ausgeschlossen, daß die Parteileitung die Beteiligung beim Volksentscheid freigebe, oder daß der Reichstag neben dem im Volksbegehren vorgelegten Gesetzentwurf einen anderen Entwurf gleichzeitig zum Volksentscheid vorlege". Der demokratische Abgeordnete Lemmer, Generalsekretär des Gewerkschaftsringes, erklärte: „Das Volksbegehren ist ein **Lichtblick in der Reihe trauriger Ereignisse.**"

Gedenken der Kaiserkrönung

Am Sonntag vormittag vollführten die Nationalisten in Köln in der Messehalle einen großen nationalen Rummel: die Befreiung der Rheinlande. Die Arbeiter haben nun zwar von einer Befreiung noch wenig gespürt. Härter wie das Bajonett der Eroberer liegt die Faust der Polizei auf ihren Schultern. Die Betriebe haben ihre Besitzer nicht gewechselt, unter dem Schutze der englischen und französischen Soldateska wurden Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos. Nach der „Befreiung" ist es nicht ein Jota besser geworden. Die Erwerbslosigkeit drückt die Arbeiter, der Hunger ist ständiger Gast im Rheinland, wie allerorts bei den Arbeitern. Der nationale Rummel soll die Arbeiter täuschen und ablenken. Auf der Veranstaltung hörte man die Redner der Nationalen, Monarchisten und Demokraten sowie Sozialdemokraten; sie alle stimmten das Lied an „Mit hellem hohen Klang". Der Reichskanzler sang ein Loblied auf den Rhein. Hier sei die Stätte der Kultur.

„Hier — so sagte Hindenburg — wurden die deutschen Könige und Kaiser gekürt und gekrönt."... Hindenburg sprach ganz als der General, der Monarchist. Der Ton war angeschlagen, um in Monarchismus zu machen. Die beiden anderen Redner, der Präsidentschaftskandidat Marx und der Sozialdemokrat Severing, sie hüteten sich, den Ton zu stören. Dreieinig standen die Säulen und ließen leere Worte erklingen, alle drei ängstlich bemüht, die Republik nicht zu erwähnen. Selbst der demokratische „Montag Morgen" schreibt dazu:

„Vergeblich sucht man in allen diesen Reden nach einem einzigen Satz, der sich über das Niveau einer leeren Rede erheben würde, vergebens irgendeine Bezugnahme auf die Fragen der lebendigen Gegenwart, die voller Sorgen und Probleme ist, für die sich auch die Rheinländer schließlich interessieren würden. Und da ist kein Unterschied zwischen der Rede Hindenburgs und denen des Sozialdemokraten Severing und des Zentrumsmannes Adenau. Die Einheitsfront der wortreichen Inhaltslosigkeit wurde in Köln durch keinen Störenfried gebrochen."

Eine feine Einheitsfront für die Republik!

Die Sozialdemokraten für die Bankrottpolitik

Nachdem die bürgerlichen Blätter 10 Tage lang dem deutschen Leser erzählt haben, wie man in Genf gegessen hat und dann offenbaren mußten, daß gutes Essen noch keine imperialistischen Gegensätze beseitigt, mußten sie den Bankrott von Genf verkünden. Die Luther und Stresemann kamen zurück als Bankrotteure. Aber mit der Niederlage in Genf erhielt auch die sozialdemokratische Politik eine Niederlage. Seit Jahren hat man den Arbeitern vorgegaukelt, der Völkerbund bringe den Frieden. Nach Genf war und ist die Rolle des Völkerbundes vollständig klar. Jetzt ist es die Aufgabe der breiten Masse der Arbeiter, die Situation klar zu zeigen. Die SPD. aber denkt nicht daran, den Arbeitern Klarheit zu verschaffen. Sie ist nach wie vor bereit, mit dem Luther-Kabinett zu gehen. Diese Stellung verkündet der „Vorwärts" am Sonntag, indem er schreibt:

„Wenn die „Kreuz-Zeitung" meint, die Sozialdemokraten werden sich ihre Haltung zur Locarno-Politik „mit klingender Parteimünze bezahlen lassen", so schließt sie von ihrer eigenen Partei auf andere . . ., Eine solche Politik kann sich nur eine Partei leisten, die von moralischen Bedenken völlig frei ist und deren Anhänger noch nicht einmal die Anfänge politischen Denkens erreicht haben. Für die Sozialdemokratie ist sie unmöglich."

Die Irreführung der Arbeiter wird also weitergetrieben.

Gewerkschaftstag!

Lebens- und Genußmittel- und Tabak-Arbeiter tagen im **Restaurant Dießner.**

Wilhelm Liebknecht: Der Soldat der Revolution*) (1872)

Ich bin, was ich war. In vielen Punkten habe ich mich weiter entwickelt, im wesentlichen stehe ich auf demselben Standpunkt wie vor 22 Jahren. In den Mitteln, in der Beurteilung einzelner Menschen und Dinge habe ich manchmal geirrt, in meiner Gesamtauffassung habe ich mich nur befestigt. Ich bin nicht der verkommene Abenteurer, zu dem mein Verleumder mich machen will. Schon in frühester Jugend habe ich die Schiffe verbrannt und seitdem ununterbrochen für meine Prinzipien gerungen. Meinen persönlichen Vorteil habe ich nie gesucht; wo es die Wahl galt zwischen meinen Interessen und Prinzipien, habe ich nie gezögert, meine Interessen zu opfern.

Wenn ich nach unerhörten Verfolgungen arm bin, so ist das keine Schande — nein, ich bin stolz darauf, denn das ist das beredteste Zeugnis für meine politische Ehre. **Noch einmal: ich bin nicht ein Verschwörer von Profession, nicht ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution — dagegen habe ich nichts.**

Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: **das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft,** was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht! —"...

„Anstößig ist dem Herrn Präsidenten auch der Schlußruf der Adresse: **„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"** Was heißt das? „Ihr Arbeiter in Süd und Ost, in Ost und West, auf dem ganzen Erdenrund, ihr alle, die ihr mühselig und beladen seid, ihr Elenden und Ausgestoßenen, für die kein Platz ist am Tische der Gesellschaft, die ihr im Schweiße eures Angesichts die Reichtümer schafft, die andere genießen, erkennt, daß trotz der Grenzpfähle, die euch trennen, eure Sache überall dieselbe ist, daß überall eure Not denselben Ursachen entspringt, daß überall folglich dieselben Mittel erforderlich sind, um eure Not zu enden; werft darum die nationalen Vorurteile beiseite, die euch bisher, zum Nutzen eurer gemeinsamen Feinde und zu eurem eigenen Schaden in feindlichen Lagern auseinander hielten, nur zu oft in brudermörderischen Kampf trieben; vereinigt euch unter dem Banner der Menschenliebe und arbeitet voll edlen Wetteifers, im Bewußtsein des hehren gemeinsamen Zieles, verschiedener Armeekorps einer und derselben Armee, verschiedene Glieder der einen großen Menschenfamilie an dem Werk der allgemeinen Befreiung!" Wer hat die Stirn, dieses großartige welterlösende Streben zu verdammen? Wir sind in einem Land, wo das Christentum als Staatsreligion gilt; wir stehen vor Richtern und Geschworenen, die sich zum Christentum bekennen — hat Christus, wie die Ueberlieferung darstellt, sich etwa nicht vorzugsweise an das arme Volk gewendet? Besteht nicht das Hauptverdienst des Christentums, insoweit es nicht unheiligen Staats- und Klassenzwecken dienstbar gemacht worden ist, darin, den engherzigen Nationalismus der Hebräer durchbrochen und die Idee des allgemeinen Menschentums, d. h., modern ausgedrückt, das internationale Prinzip an die Stelle gesetzt zu haben? Nicht, als ob ich mich selbst für einen Christen ausgeben wollte, — doch ein Staat, eine Gesellschaft, die sich „christlich" nennen, haben fürwahr nicht das Recht, über Bestrebungen den Stab zu brechen, die mit den Fundamentallehren des Christentums in Harmonie sind und deren Verwirklichung, deren Ueberführung von der Lippe in das reale Leben zum Ziele haben. Und — von dem Christentum zu schweigen — ist nicht der Zug der ganzen Menschheitsentwicklung ein internationaler? Handel, Industrie, Kunst, Wissenschaft sind international, kosmopolitisch. Und jeder Fortschritt in Handel, Kunst, Wissenschaft ist eine Niederlage des nationalen, ein Triumph des internationalen Prinzips. Nur wer ein Interesse hat an der Erhaltung der bestehenden Mißstände, nur wer ein Gegner des menschlichen Fortschritts ist, kann dem Prinzip der Internationalität feind sein, sich von ihm bedroht halten. Allein es ist ein hoffnungsloses Unterfangen, sich ihm entgegenzustemmen. Das internationale Prinzip ist unsterblich wie die Menschheit, und, verleumdet, eingekerkert, gestandrechtelt, wird es aus jeder Feuerprobe geläutert und gestärkt hervorgehen, und die Runde um die Welt machen. Diejenigen aber, welche dieses Prinzip bekämpfen, sprechen sich selbst das Urteil; und wer unsere Bestrebungen für Hochverrat an dem heutigen Staat erklärt, legt nur Zeugnis ab für die Richtigkeit unserer Anschauung, daß bloß in der Universal-Republik die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann, und daß Völkerglück und Völkerfriede unverträglich sind mit dem Bestande der Monarchien. ...

Die Angriffe und Verleumdungen der Feinde übergehe ich mit Verachtung. Ich rechne sie mir zur Ehre an, und erblicke in der Tatsache, daß die gesamte feudale, klerikale Bourgeoisiepresse uns jetzt mit Kot bewirft, einen Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Wege sind, daß unsere Hiebe gesessen haben ...

In Zeiten der Revolution ist die Diktatur nötig; aber nicht die Diktatur eines einzelnen, sondern die Diktatur der Masse, des Volkes, der Arbeiter, wie 1793 in Frankreich. Wer sich persönlich zum Diktator aufwerfen will, den kann man, wie ich einst Lassalle sagte, in ruhigen Zeiten allenfalls auslachen; in revolutionären Zeiten schießt man ihm eine Kugel vor den Kopf ...

*) Vom 11. bis 26. März 1872 konnten Liebknecht, Bebel und Hepner vor dem Leipziger Schwurgericht ihre Haltung im deutsch-französischen Kriege gegenüber der Bourgeoisie rechtfertigen. Der Prozeß ist ein Höhepunkt der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Liebknecht erhält zwei Jahre Festung. Im Verlaufe der Prozesse machte Liebknecht jenes stolze Bekenntnis vom Soldaten der Revolution.

Erinnerungen an den Märzaufstand 1921

In diesen Tagen jähren sich zum 5. Male die blutigen Märzkämpfe von 1921, jenes Massakers an den mitteldeutschen Arbeitern, das die Sozialdemokraten Severing und Hörsing mit kalter Ueberlegung inszenierten, um die Kommunistische Partei zu vernichten, die im „roten Herzen Deutschlands" äußersten Widerstand leistete gegen die Pläne der Großkapitalisten, den Achtstundentag, Rechte der Betriebsräte usw. zu berauben. Der Bezirk Halle-Merseburg wurde in seinem westlichen Teile mit grüner Polizei überschwemmt, die Betriebe wurden besetzt, überall wurde provoziert. Als dann die Mansfelder Arbeiter am 22. März sich dagegen zur Wehr setzten und mit der Waffe in der Hand den Kampf aufnahmen, begann auf ausdrücklichen Befehl Hörsings jene furchtbare Schlächterei, der Hunderte von Arbeitern zum Opfer fielen. Tausende wurden nach der Niederschlagung des Kampfes der weißen Justiz überliefert. Der Belagerungszustand währte fast ein halbes Jahr, ebensolange blieb unser Hallesches Parteiblatt, der „Klassenkampf", verboten. Der Erinnerung dieser blutigen Tage hat Genosse Kilian in seinem Büchlein „Warum die Kirschbäume in Mansfeld im Herbst blutrote Blätter haben" folgende Geschichte gewidmet. Das mit zweifarbigen Holzschnitten geschmückte Büchlein ist durch unsere Buchhandlung zu beziehen zum Preise von 50 Pf.

Titelverleihung an einen russischen Künstler. Der Hauptdarsteller des kürzlich auch in Berlin mit viel Erfolg vorgeführten russischen Films „Der Postmeister", der bekannte Moskauer Schauspieler Moskwin, hat von der Sowjetregierung den Ehrentitel „Volksschauspieler" erhalten.

Gesetz zur Unterstützung der Agrarier

Seit der Zeit um die Jahrhundertwende haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Im Jahre 1900 wurde in Sachsen das Gesetz angenommen, nachdem die großen Güter zu Familienanwartschaften erklärt werden konnten. Die Grundbesitzer wollten damit ihren Sprößlingen die Möglichkeit geben, Schulden zu machen, ohne den Besitz zu verlieren. Zu damaliger Zeit, wo der Name eines adeligen Strolches noch genügte, Kredite zu bekommen, war ein solches Gesetz für die Agrarier möglich. Die kapitalistischen Gläubiger waren damals zufrieden, wenn sie das Gut, das ihnen verpfändet war, in Zwangsverwaltung nehmen und den verlumpten Sproß eines Agrariers seine Finanzen in Ordnung bringen konnten. Heute liegen die Dinge anders. Die Kreditgeber geben kein Geld mehr auf solche unsichere „Sicherheiten". Auch muß man schon ausländisches Kapital pumpen, wenn man Geld haben will. Diese Geldbesitzer geben nur, wenn sie die Gut unter dem Hammer bringen können. So handelt sich bei den Privilegierten ausschließlich um große Besitzer. Nach dem Gesetz über die Familienanwartschaften vom 7. Juli 1909 wurde die Berechtigung der Errichtung einer Anwartschaft nur den Grundbesitzern gegeben, die über einen Grundbesitz verfügen, der einen Ertrag von jährlich mindestens 7500 Mark abwarf.

Unter dem Druck der Verhältnisse, heute regiert das Kapital, sind die Anwartschaftsbesitzer bereit, auf Teile ihrer Privilegien zu verzichten. In der deutschen Republik werden Aufhebungen der Privilegien bekanntlich nur durchgeführt, wenn die Privilegierten damit einverstanden sind. Jetzt hat die Regierung ein Gesetz über die Belastung von familienanwartschaftlichen Grundstücken eingebracht, nachdem diese Anleihen aufnahmen und dann die Zwangsversteigerung sichern können. Auch sollen die Besitzer bei einer solchen Maßnahme nicht die Zustimmung der gesamten Familie benötigen. Die Absicht des Gesetzes der Regierung ist nicht, das Privileg anzufassen, sondern nur den Privilegierten eine notwendig gewordene Freizügigkeit zu geben.

Die Fraktion der KPD. wird über den Rahmen der Vorlage hinaus die Aufhebung der Privilegien fordern.

Ein Blick hinter die Kulissen der Firma Ernemann-Werke A.-G. in Dresden

(Arbeiterkorrespondenz.)

Bei der schon seit längerer Zeit anhaltenden äußerst schlechten Lage unserer gesamten Industrie ist es sehr interessant, einen kleinen Blick in einen großen Betrieb zu machen. Zu diesem Zwecke wende ich mich dem „Ernemann-Werk A.-G." in Dresden, einem Weltunternehmen von Ruf, welcher es augenblicklich am schlechten geht. (?) Zu bezug auf Beamten- und Arbeiterabbau, Lohn- und Lohnkürzungen, überhaupt Schikanen der Angestellten und Arbeiter dürften die „Ernemann-Werke" mit dem Direktor Richter an der Spitze, an allererster Stelle stehen.

Wir gehen mal zurück bis zum Jahre 1911. Damals hatte der Betrieb Ernemann A.-G. in voller Blüte und beschäftigte durchschnittlich 900 Arbeiter und 100 Angestellte. Infolge Ausbruch des Krieges verringerte sich zunächst die Belegschaft, um aber nach Beendigung des Krieges die Zahl der Angestellten und Arbeiter von 1914 bedeutend überschreiten zu können. Gewiß war auch der Ernemann-Betrieb baulich vergrößert worden. Nach Kriegsbeendigung setzte zunächst eine Konjunktur ein, welche aber bald durch eine Hochkonjunktur abgelöst wurde, welche die ganze Inflationszeit hindurch anhielt. Ueberstunden, Doppelschichten, ja sogar 3 Schichten täglich konnten den riesigen Bedarf des Auslandes nicht decken. Die Ernemann-Werke beschäftigten bis dahin bereits über 3000 Arbeiter und Angestellte. Der gesamte Kinobau und die optische Abteilung mußten wegen Platzmangel in Gebäuden des Industriegeländes untergebracht. Die riesenhaften Inflationsgewinne, wovon die Arbeiter allerdings sehr wenig merkten, spornten weiterhin zur weiteren Vergrößerung des Werkes an. Kurz entschlossen begann man mit einem weiteren Neubau. Den ersten Spatenstich taten die hohen Herren des Werkes selbst aus. Darauf trat die Wendung ein, zuerst fast unmerklich, später immer weiter greifend. Doch der Neubau schreitet trotzdem immer rüstig fort. Inzwischen läuft ein Patentprozeß mit der Konkurrenzfirma Zeiß, welchen die „Ernemann-Werke" kläglich verlieren. Es mußten Schadenersatzleistungen an die Firma „Zeß" gezahlt werden, über deren Höhe verschiedene Gerüchte im Umlauf sind, deshalb ich vermeide, Zahlen zu nennen. Herr Ernemann jun. unternahm einige Geschäftsreisen!!! unternommen. Eine Reise soll Schwarz, um sich wahrscheinlich zu erholen, eine nach Amerika, um der amerikanischen Industrie ein neues Ausbeutungssystem abzulauschen. Leider hatte er dieses bis zu seiner Rückkehr nach Dresden schon wieder vergessen, denn in einem Vortrag vor seinen Angestellten wußte er nur etwas über die Fließbandarbeit in Neuyork und von den Transportbändern der Automobilfabrik von Ford, allerdings brachte er einen schönen Leitspruch für seine Angestellten und Arbeiter mit: „Arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln!!!" Ob sich Herr Direktor Ernemann jun. auch nach diesem Wahlspruch richtet? „Verzweifeln" braucht er allerdings nicht, denn die Firma muß finanziell immer noch ausgezeichnet dastehen. Man bedenke nur, daß eine Kamera, im Geschäft für zirka 250 RM. zu kaufen, einen Herstellungspreis von 20 RM. nicht übersteigt. Ist auch von diesem Gewinn noch ungefähr 35 bis 50 Prozent für Vertreterprovision und Gewinn abzurechnen, so verbleiben doch durchschnittlich 10 RM. als Reingewinn einer einzelnen Kamera.

Seit 1921 geht nun dieses Unternehmen rapid abwärts. Arbeiterentlassungen und Angestelltenabbau wechseln systematisch mit Kurzarbeit, nachdem man vorher für den 8-Stundentag den Halbstundentag eingeführt hat. Herrn Direktor Richter, den man in Kreisen der Belegschaft nur noch Stimmungskanone oder Konferenzier nennt, versucht durch Konferenzen und Besprechungen mit sämtlichen Meistern des Werkes, wöchentlich sogar zirka 4 mal, die Fabrikate der Firma zu verbilligen. Die „Ernemann-Werke" können nicht mehr mit den anderen Firmen konkurrieren. Auch der erneute Abbau an Angestellten und Arbeitern hat den Abstieg des Werkes nicht auf.

Hochbetrieb ist hingegen in den Autogaragen der Ernemann-Werke. Die 4 Luxuswagen, welche in der Inflationszeit angeschafft wurden, können die gewaltigen Spazierfahrten kaum bewältigen. Der Sohn des Herrn Direktor Heyne macht inzwischen mit seiner ganzen Familie eine sehr kostspielige Geschäftsreise!!! nach Aegypten. Während ungeheure Summen für die Privatrechnungen und die Privatbureaus der Herren Direktoren des Werkes ausgegeben werden, schreibt man seitenlange Berichte über „Sparen". Ganz besonders hebt sich auf diesem Gebiete Herr Direktor Richter hervor. Scheinbar sämtliche Fäden zur Leitung des Betriebes verloren, versucht er nun, sich durch schonungslose Brutalität gegen seine Arbeiter und Angestellten zu halten. Unter anderem hat er ausgerechnet, daß das in jedem größeren Betrieb übliche Frühstückholen für die Arbeiter durch Laufburschen jährlich 7000 RM. kostet; nun darf Frühstück nicht mehr geholt werden. Dieser und so verschiedene andere ähnliche Versuche des Sparens konnten natürlich das Abwärtsgleiten des Werkes nicht aufhalten und so beschloß man vor Weihnachten 1925, nachdem erst sehr reichlich verkürzt gearbeitet worden war, weitere Arbeiterentlassungen und für 31. Dezember 1925 einen weiteren Angestelltenabbau. Hier erreicht das Walten des Herrn Direktor Richter im Verein mit seinen Günstlingen den Höhepunkt. Leute, welche 10, 12 und 18 Jahre im Dienste der Firma standen, wurden auf die Straße gesetzt. Bravo! Firma Ernemann! In allen Abteilungen wird verkürzt gearbeitet, nur eine Frau Frigsche, die diverse Privatarbeiten des Herrn Direktor Richter erledigt, und deren Mann einen Posten als mittlerer Postbeamter besetzt, arbeitet voll, allerdings ist sie ein Bissel hübsch. An diese Einzelheiten reiht sich würdevoll, trotz Weihnachtsfeiertage und Kurzarbeit, ein Abzug an den Arbeiterlöhnen, damit ein voller Wochenlohn in den Händen der Firma bleibt, welcher den zu entlassenden Arbeitern die Zukunft sichern soll. Oh, wie rührend von der Firma!!!

Wieviel aber haben die Ernemann-Werke Direktoren? Lieber Leser, höre und staune: Während die Zahl der Belegschaft sich ziemlich auf den Stand von 1914 verminderte, leistet sich die Firma immer noch 6, bis vor kurzem sogar 7 Direktoren! Ein jeder dieser Herren verfügt über einen luxuriösen Villen- oder Wohnungshaushalt, deren vorkommende Reparaturen und auch Neuanfertigungen durch die Arbeiter der Firma ausgeführt werden. Allerdings werden dies wohl die Herren bezahlen!!!

Auch nun Herrn Direktor Richter zum Schluß noch eine Frage: Was wird wohl mit den 40 bis 50 Lehrlingen, welche am kommenden 1. April ihre Lehrzeit beenden? Werden diese wie im Vorjahre, zur weiteren Steigerung der Arbeitslosenzahl auch auf die Straße gesetzt?

Diese Ausführungen, welche beliebig erweitert werden können, sollen einstweilen dazu beitragen, Aufklärungen über eine Weltfirma zu bringen, welche in letzter Zeit in ihren Abteilungen am wenigsten produktiv arbeiten ließ, während Konkurrenzfirmen ihren Betrieb in voller Höhe aufrecht erhielten.

Erwerbslose, Kurzarbeiter, Arbeiter, Angestellte!

Rüstet zum Reichserwerbslosentag

demonstriert am 23. März gemeinsam und fordert von Staat und Gemeinden:

Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen, Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten unter **Zahlung** des in Frage kommenden Tariflohnes, **Beseitigung der Pflichtarbeit, Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstarbeitszeit; für den Bergbau (unter Tage) die Siebenstundenschicht,** Verbot von Ueberstundenarbeit, **Auszahlung einer Wirtschaftshilfe zu Ostern in Höhe von 50 Mark an alle Erwerbslosen,** Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung **um 50 Prozent,** Unterstützung für alle Erwerbslosen.

Aus Ostsachsen

Sabotage des Volksbegehrens durch „republikanische" Eisenbahnbeamte

Aus Lohmannsdorf wird uns gemeldet: Dienstag, den 16. März, standen vor dem Bahnhofsgebäude Hainsberg eine Anzahl Plakatträger, die die Reisenden mit dem Gruß empfingen „Reichnet euch ein!" Mit Schmunzeln sahen es die von der Arbeit zurückkehrenden Arbeiter. Der weite Bahnhofsvorplatz sah manchen lachenden Proleten, der Wilhelm den Letzten auf Abbildungen dargestellt sah. Ganz anders dachte aber der von der Republik bezahlte Bahnhofsinspektor Otto in Hainsberg. Er fand, daß diese Ansammlungen Belästigung des reisenden Publikums ist, setzte sich in Positur und befahl auf Grund seiner bahnamtlichen Machtbefugnisse, den weiten Bahnhofsvorplatz zu räumen. Unsere Proleten wollten anfänglich nicht begreifen, daß auf einmal ein Abgesandter Wilhelms des Ausreisers erschien, der im Tone eines kaiserlichen Feldwebels von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Eine Belästigung des Publikums sollen die Plakate sein? Der Inspektor Otto empfand in seinem zartbesaiteten Beamtengewissen die Zurückweisung der Forderungen der Fürsten als „Belästigung des Volkes". Die Einzeichnungen in Hainsberg werden ihm wohl eines besseren belehrt haben. Diese unerhörte Anordnung der Bahnpolizei, wozu sie in keiner Weise berechtigt war, da nach unserer Meinung der Bahnhofsplatz ein öffentlicher Platz ist, wurde dadurch „rechtskräftig" gemacht, daß telephonisch die Gendarmerie herbeigerufen wurde. Inzwischen hatten sich die Proleten auf der Straße 150 Meter vor dem Bahnhof aufgestellt. Einer stand mit umgekehrtem Schild, die Schrift nach unten, noch vor dem Eingang. Doch auch das war zu große Belästigung. Der Gendarm kam. Er war vernünftiger als jener auf sein Hausrecht pochender, von der Republik bezahlter Beamter. Der Gendarm riet, den Anordnungen Folge zu leisten, auch dann, wenn es Unrecht des Inspektors sei. Die Beschwerde stände den Trägern zu. Davon machten sie nunmehr öffentlich Gebrauch. Es ist ein unerhörter Eingriff in die Rechte des Volkes, die gerechte Empörung hervorrufen muß, weil der Beamte von seinem Hausrecht Gebrauch macht außerhalb seines Hauses, auf öffentlicher Straße, die Zugang und Abfahrtsstraße für die breite Oeffentlichkeit ist. Und wenn jetzt Inspektor Otto behauptet, dazu verpflichtet gewesen zu sein, so sind wir der Meinung, daß er sich innerlich nicht verpflichtet fühlt, die gerechteste aller Volksinteressen zu unterstützen, sondern einen Grund an den Haaren herbeizieht, um eine rechtliche Basis zu haben, das Begehren zu sabotieren. Wie man Bestimmungen auslegt, das kennzeichnet diese Beamten. Die Arbeiterschaft wird dem Treiben der Verwaltung auf dem Bahnhof Hainsberg, die schon zu wiederholten Malen arbeiterfeindlich gehandelt hat, Beachtung schenken.

Zschachwitz. (Die Reaktion marschiert.) In einer der letzten Sitzungen des Schulausschusses war beschlossen worden, der sozialistischen und kommunistischen Jugend Schulräume zur Verfügung zu stellen. Vom „hohen" Volksbildungsministerium war dem Schulausschuß über das Bezirksschulamt Pirna mitgeteilt worden, daß die prinzipielle Stellung des Ausschusses in Frage Ueberlassung der Schulräume insofern geändert werden muß, daß der kommunistischen Jugend, da sie keine kulturfördernde Organisation sei, kein Zimmer zu ihren Abendveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden darf. (!) Die Schulausschußmitglieder beschlossen in der Sitzung am Donnerstag gegen drei bürgerliche Stimmen, den Beschwerdeweg gegen diesen Beschluß einzuschlagen. Sogar ein Teil der Lehrerschaft sprach sich gegen die rigorose Verordnung aus und erklärte dieselbe als eine unklare Handlungsweise des Ministeriums. Diese Maßnahme zeigt wiederum, wie der „sächsische Kaiser" bestrebt ist, mit allen erdenklichen Mitteln alles das auszurotten, was den Namen Kommunist trägt. Es sei aber dem hohen Ministerium und den drei bürgerlichen Ausschußmitgliedern gesagt, daß die kommunistische Bewegung mit derartigen Machinationen nicht totgeschlagen werden kann, sondern immer stärker und mächtiger wird. Was die Bürgerlichen unter Kultur verstehen, beweisen ihre Organisationen, Jungdo, Stahlhelm, Werwolf usw., wo nach der Parole: Der Junker Fritzel hält sein Volk im Dusel, kulturelle Arbeit geleistet wird. Die Antwort auf derartige Schildbürgerstreiche wird die Arbeiterschaft jetzt beim Volksentscheid und bei den nächsten Wahlen geben. Die arbeitende Jugend fordern wir aber auf: kommt zu uns in unsere Veranstaltungen, tretet ein in die Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes, kämpft mit uns bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse, gegen geistige und körperliche Sklaverei.

Zschachwitz. (Dort sitzen sie, die verbissensten Monarchisten.) Der Hausbesitzerverein Zschachwitz tagte vorige Woche im Gasthof, und die Mitglieder mußten erleben, daß der deutschnationale Hausbesitzer Müller von der Gemmerschen Straße im Schweiße seines Angesichts sich abmühte, allen Grundstückseigentümern plausibel zu machen, nur ja nicht zum Volksbegehren sich einzuzeichnen. Seine Bemühungen sind jedoch in der roten Erde nicht zum Aufkeimen gekommen. Das Gegenteil! Der Aufmarsch zum Volksbegehren brachte in Zschachwitz von etwa 3000 Wahlberechtigten 2865 Einzeichner. Das sind 80 Prozent aller Wahlberechtigten und somit einige hundert Stimmen mehr, als bisher bei den Wahlen alle politischen Parteien überhaupt auf die Beine brachten. So hatte z. B. die Gemeindevorsteherwahl im Januar 1924 an bürgerlichen und proletarischen Stimmen insgesamt nur rund 2000 Wähler an die Urne gebracht. Das seinerzeitige Volksbegehren (Gemeindebürgerentscheid) betr. Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums) wurde von den Sozialdemokraten propagiert und brachte nur 1056 Stimmen auf die Beine. Der Aufmarsch in Zschachwitz zum Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ist deshalb so gut ausgefallen, weil sowohl die Kommunistische Partei als auch der RFB. das Aeußerste an Anspannung der Kräfte geleistet haben. **Jetzt ebenso unermüdlich an die Werbearbeit für die „Arbeiterstimme". Zum 1. April muß die Leserzahl erheblich gesteigert werden. Der Tag der Saat war günstig — nunmehr an die Ernte!**

Heidenau. Uns wird geschrieben: Der Schulverein Heidenau veranstaltete am 11. März in der Goetheschule einen öffentlichen Elternabend, an dem Oberlehrer Fauth einen Vortrag über das erziehungswissenschaftlich bedeutsame Thema „Zensur-Not in Schule und Elternhaus" hielt und damit starken Beifall erntete. Seine fesselnden Ausführungen gaben ein anschauliches und wirkungsvolles Bild von all den Nöten, die für Eltern, Lehrer und Kinder dadurch entstehen, daß es praktisch unmöglich ist, die Charaktereigenschaften und geistigen Fähigkeiten, insonderheit die verschiedenen Begabungen und Neigungen eines Menschen auf irgendeinem Gebiete des Wissens und Könnens durch eine Zahlenzensur einwandfrei und gerecht zu beurteilen. Das gilt um so mehr, je weniger Unterrichtsstunden ein Lehrer in einer Klasse erteilt, je mehr Kinder in einer Klasse sitzen und je kürzer die Zeit ist, für die ein Kind zu beurteilen ist. Schon aus diesen Gründen ergeben sich die pädagogischen Forderungen: Möglichst kein Fachunterricht, kein allzu häufiger Lehrerwechsel, keine allzu starken Klassen, keine Michaelisszensuren! Es kann daher nur begrüßt werden, daß nach dem Kriege in Sachsen die Klassenstärken herabgesetzt worden und die Michaelisszensuren in Wegfall gekommen sind.

Wie viel Neid und Mißgunst unter den Kindern — Stehreihe vom ersten bis zum letzten nach der Hauptzensur, die mehr oder weniger mathematisch nach Punkten berechnet wird! —, wieviel Mißtrauen zwischen Kind und Lehrer, wieviel Aergernis und Sorge, ja sogar tiefstes Herzeleid — Schülerselbstmorde wegen zu schlechter Zensuren, aus Furcht vor Strafe, aus krankhaftem Ehrgeiz usw. — im Elternhaus, wieviel unnötige, das so unsagbar wichtige Vertrauen zwischen Schule und Elternhaus zerstörende Auseinandersetzungen — Beleidigungen zwischen Lehrer und Eltern entstehen nur allzu oft durch die Art der jetzigen Zensurerteilung — Sitzenbleiber, Sittenzensur! —?

Die Ursachen dieser feststehenden Tatsachen, die alle Eltern und Erzieher mehr oder weniger an sich selbst erfahren haben, liegen aber nicht an der Unfähigkeit eines Lehrers, ein Kind gerecht zu beurteilen, auch nicht an der Unmöglichkeit einer einigermaßen gerechten Beurteilung überhaupt, sondern daran, daß es nur mit Worten möglich ist, ein zutreffendes und umfassendes Urteil über die seelischen, geistigen und sonstigen Eigenschaften eines Menschen zu bilden.

Die Darlegungen des Redners waren so überzeugend, daß alle Eltern folgender Entschließung einmütig zustimmten:

„Die zu dem vom Schulverein Heidenau am 11. März veranstalteten öffentlichen Elternabend erschienenen Eltern und Erzieher bitten den Schulausschuß von Heidenau, beim Ministerium für Volksbildung dahin zu wirken, daß sobald als möglich eine Reform der Zensurerteilung in dem Sinne erfolgt, daß an Stelle der Zahlenzensur in Zukunft die Wortzensur oder das Worturteil treten soll, da einzig und allein nur das Wort imstande ist, ein klares Gesamtbild von dem Können und dem Charakter des Kindes zu geben, während die Zahl, weil sie verschiedene Deutung zuläßt, zu allerhand Mißverständnissen Veranlassung gibt und das Zahlen-Zensurengeben den Schematismus und die Oberflächlichkeit fördert."

Die an den Vortrag sich anschließende einstündige Aussprache, die nur im zustimmenden Sinne erfolgte, ergänzte den Vortrag in interessanter Weise dadurch, daß mehrere Eltern und Lehrer eigene typische Erlebnisse aus ihrer Schulzeit und aus ihrem Berufsleben erzählten.

Der Vortrag und die Aussprache haben erneut gezeigt, wie notwendig es ist, daß über solche Fragen, die im Hinblick auf ihren belehrenden und erziehungswissenschaftlichen Inhalt nicht nur für die Eltern schulpflichtiger Kinder, sondern für alle Erwachsenen von größter Wichtigkeit sind, öffentliche Vorträge in dem Sinne gehalten werden, wie es der Schulverein tut.

Heidenau. (Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsangestellter, der mit kirchlichen Gesangbüchern handelt!) Wie ernst es manche sozialdemokratische Größen mit ihrer Weltanschauung meinen, beweist wieder einmal sehr drastisch der Gewerkschaftsangestellte Oskar Winkler vom Buchdruckerverband, wohnhaft in Heidenau, Bismarckstraße. Derselbe unterhält neben seiner Tätigkeit noch ein Geschäft. In seinem Schaufenster kann man neben anderen Büchern, die mit sozialistischer Literatur wirklich nichts zu tun haben, zur Zeitzeit auch schöne schwarze Bändchen und Bücher sehen, die in Goldlettern die Aufschrift tragen: „Der Herr segne und behüte Dich!" Geld stinkt scheinbar bei ihm, wie auch bei seiner teuren Ehehälfte nicht. Letztere ist, nebenbei bemerkt, ebenfalls Parteigröße in der SPD. und versieht verschiedene Funktionen in der „Arbeiterwohlfahrt" und anderen Organisationen. Wurde man sie ersuchen, kommunistische Literatur zu verkaufen, das würden sie bestimmt ablehnen; aber das Gift der Kirche den breiten Massen anzubieten, das halten sie nicht unter ihrer Würde. Und diese Leute wollen die Arbeiterklasse zum Sozialismus führen.

Arbeiterkorrespondent X.

Morgen Dienstag, nachmittag 3 Uhr, „Reichskrone", Bischofsweg große Erwerbslosenkundgebung

Dresden

22. März: 1925: Konferenz der Erweiterten Exekutive der Komintern in Moskau. — 1924: 30 000 Verkehrsarbeiter, Schiffsbauer und Elektriker in England im Streik. — 1921: Kämpfe zwischen Arbeitern und Hersingtruppen in Eisleben. Betriebsbesetzung in Hamburg. — 1920: Ausscheiden Noskes aus der Regierung. — 1848 Feierliche Bestattung der Märzgefallenen in Berlin.

Die Ehrung der Märzgefallenen

Eisig hing noch die Märzkälte zwischen den Gräbern des Tolkewitzer Friedhofs, als gestern die ersten Kranzdelegationen der Dresdner Arbeiterschaft zur Ehrung der Opfer der Reaktion in Deutschland mit florumhängten Bannern und Fahnen eintrafen. Auf dem Grabe des Genossen Goldberg hatte die SPD. schon einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt, alle anderen Gräber lagen erstarrt in der Frühjahrskälte ohne jeden Schmuck. Wenige Minuten später hatte sich das Bild verändert. Kopf an Kopf gedrängt standen die Arbeiter und Arbeiterinnen. Sehr stark war die Jugend vertreten. Unter der Menge der flatternden roten Fahnen hob sich eine schwarze ab, die ein kleiner Trupp junger Anarchisten umgab, deren Klasseninstinkt sie an die Seite der Kommunisten getrieben hatte. Die Feier wurde durch die Arbeitersänger mit dem „Sohn des Volkes" eröffnet. Dann sprachen die Genossen Gäbel und Sindermann, unterbrochen von den Klängen des Liedes, das den Mann besingt, der noch im Fallen sein Banner in die Erde stößt, um seine Mitkämpfer anzufeuern. Und während die weihevollen Klänge den Friedhof durchbrausten, legten die Delegierten ihre Kränze auf alle Gräber der Märzgefallenen. Die Fahnen senkten sich. Und dann brach, gleichsam als Symbol, die Sonne durch die Wolken, und ihre Strahlen brachen sich im Rot der gesenkten Fahnen, die dann bei den Klängen des russischen Rotgardistenmarsches sich stolz flatternd wieder aufrichteten.

„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunkeln Vergangenen
Leuchtet die Zukunft hervor!"

Im Laufe des gestrigen Vormittags legten weitere Kranzdeputationen der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes Kränze an den Gräbern der Maigefallenen des Jahres 1849 auf dem Plauener und Löbtauer Friedhof und auf dem St. Paulifriedhof nach kurzen Ansprachen und Ehrenbezeugungen nieder.

Die mangelnden Verkehrsvorschriften der Polizei oder wie man Material sucht zum RFB.-Verbot

Am vergangenen Freitag abend in der 10. Stunde war es, als zirka 15 Kameraden und Jugendgenossen der Roten Jungfront und Komm. Jugend aus einem gemeinsam im Rest. „Sportecke" (Pfotenhauerstr.) stattgefundenen Gruppenabend nach Hause gehen wollten. Ihre Unterhaltung wurde plötzlich durch einen Radfahrer ohne Licht, der sich bei näherer Betrachtung als Sipo entpuppte, mit folgenden Worten unterbrochen: „Nehmen Sie nicht den ganzen Fußweg ein, damit andere Passanten vorbeikönnen!" (Nebenbei bemerkt: es war kein Mensch außer uns auf der Straße zu sehen). Als wir diesen tüchtigen Verkehrspolizisten nun fragten, wie wir denn eigentlich laufen sollten, erwiderte er stotternd: „Da gehen Sie doch hintereinander!" Wir fragen prompt wieder: „Wie wendet sich dann diese Verkehrsvorschrift gerade an diesem Ort Sonntags an, wenn das zu Tausenden zählende Sport-Publikum beide Fußsteige rechts und links der Straße überflutend, vom Sportplatz in das Stadt-Innere zurückkehrt? Müssen diese dann auch im Gänsemarsch nach Hause gehen?" Die für uns bekannte, in diesem Moment aber doch verblüffende Antwort des Beamten ist: „Gehen Sie weiter!!! Wir erlaubten uns natürlich, dem Beamten mit auf den Weg zu geben, daß man in dieser Beziehung doch nähere Verkehrsbestimmungen veröffentlichen soll, als noch ein 2. Beamter im Eilschritt hinzukommt und „eingreift". Als wir ihm klarmachen, daß wir seinen Kollegen vielleicht durch unsere roten Kokarden provoziert hätten, spricht er in schnarrendem Ton: „Auf die roten Kokarden pfeifen wir. Gehen Sie weiter!"

Ganz klar geht daraus aber hervor, daß der Herr Kühn ganz sicher auch der Dresdner Polizei neue „Verhaltungsmaßregeln" gegenüber dem RFB. herausgegeben hat. Herr Kühn hat es natürlich sehr leicht, Vorschriften herauszugeben, da er ja auch einmal, als Sozialdemokrat der Vorkriegszeit, mit der Polizei derartige „Unannehmlichkeiten gehabt und daraus seine Lehren gezogen hat, um sie nun in verbesserter Auflage seinen Beamten zukommen zu lassen, um „Material" zu sammeln. Der „tüchtige" Beamte aber, dessen Körperbau sehr deutlich auf 80 Mark Monatsgehalt schließen ließ, hätte alle Ursache, an der Verbreiterung der Roten Front mitzuwirken, anstatt seine Kraft in den Dienst der monarchistischen Reaktion zu stellen. Arbeiterkorresp.

Ein fürstliches Gehalt für einen Hausdiener beim Schloßkellerwirt

(Arbeiterkorrespondenz.)

Ich habe Gelegenheit, mit 2 Schlafkollegen in einer Schlafstelle zu sein. Der eine davon ist erwerbslos und von Beruf Hausdiener. Vom Arbeitsnachweis wurde er zum Schloßkellerwirt vermittelt. Als der Betreffende sich vorstellte und ihm auf seine Anfrage betr. Gehaltes erklärt wurde, daß es monatlich 40 Mark und Essen gibt, von diesem aber das Schlafgeld (pro Woche 5 Mark) bestritten werden muß, so daß dem Betreffenden ganze 20 Mark bleiben, erklärte er dem Schloßkellerwirt natürlich, daß er für dieses Geld nicht arbeiten könne. Als nun der Wirt vom Schloßkeller merkte, daß unter Pro.ten keine billigen Arbeitskräfte zu finden sind, erklärte er kurzerhand, die Stelle sei ja schon besetzt und vermerkte dies auch auf der Vermittlungskarte des Arbeitsnachweises.

Interessantes von Siemens

Wie wir hören, geht man bei Siemens, Löbtau, mit den schärfsten Mitteln gegen jugendliche Arbeiter vor, die sich gegen ungerechte Behandlung wehren. Entlassungen sind bereits vorgenommen worden. Die Direktion versucht, den Jugendlichen die Gründung einer Betriebszelle der Kommunistischen Partei und des Jugendverbandes nachzuweisen. Die Arbeitereltern werden aufgefordert, ihre Kinder keinesfalls dieser Sklavenbude zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaft wird hier einzugreifen haben.

Drahtseilbahn Dresden-Loschwitz. Wegen Auswechselung des Seiles wird der Verkehr auf der Drahtseilbahn am Dienstag, den 23. d. M., von früh bis 1 Uhr mittags gesperrt.

Zoo. Das seit 1912 im Garten befindliche Mönchsgeier-Pärchen aus Ost-Turkestan, das hinter dem Seelöwenfelsen seinen Horst hat, scheint in diesem Jahre wieder wie, mit Ausnahme des vorigen Jahres, regelmäßig zur Brut schreiten zu wollen, da am Dienstag dieser Woche das eine Ei, das dieser Art wie vielen Geiern eigen ist, gelegt wurde. Die Bebrütung dauert genau 8 Wochen und die darauffolgende Nestzeit ebensolange, wie an den fünf bisher erbrüteten und erfolgreich aufgezogenen Jungen mit Sicherheit festgestellt werden konnte. Für den neuen Flugvogelkäfig an Stelle der kleinen Steinvogelwiese sind zwei indische Ibisse, die dem ägyptischen „heiligen Ibis" nahe verwandt sind, eingetroffen. — Bei den neuweltlichen Wildschweinen wurde in der letzten Woche wieder ein Junges geboren! Die Einzahl der Jungen ist hier im Gegensatz zu den altweltlichen Schweinen, die zahlreiche Junge werfen, die Regel.

Druckfehlerteufel. Bei der Notiz über die Tätigkeit des Arbeitersängerbundes Dresden-Neustadt hat der Druckfehlerteufel für den 1. Mai ein Morgenkonzert im „Palmgarten" angekündigt. Richtig muß es heißen: „Palaisgarten, Dresden-N., Wilhelmplatz".

Achtung! Striesen und Leuben!

Frau Dr. med. Flake, Berlin, hat am Donnerstag, den 18. März, vor überfüllter Versammlung gesprochen über die Geißel der Frau, §§ 218, 219, Frauennot, Kinderelend und Fürsorgeabtreibung. Aus diesem Grund finden weitere Versammlungen statt, und zwar im Volkshaus Striesen, Schandauer Straße, von Dienstag, den 23. März, abends 7,30 Uhr, Gasthof Leuben am Mittwoch, den 24. März, abends 7,30 Uhr. In beiden Versammlungen spricht Frau Dr. med. Flake, Berlin, über obengenanntes Thema. Männer und Frauen, erscheint in Massen.

Dresdner Volksbühne E. V.

Opernhaus. Montag, 22. März, Die Fledermaus, Nr. 2296 bis 2258; Donnerstag, 25. März, Joseph in Aegypten, Nr. 2259 bis 2332; Freitag, 26. März, Abenteuer des Casanova, Volksorst., Nr. 2333—2813; Montag, 29. März, Margarethe, Nr. 2814—2844.

Schauspielhaus. Sonntag, 21. März, Struensee, Nr. 4321 bis 4500; Montag, 22. März, Emilia Galotti, Nr. 4501—4548; Dienstag, 23. März, Struensee, Nr. 4549—4597; Mittwoch, 24. März, Dame Kobold, Nr. 4598—4628; Freitag, 26. März, Herodes und Mariamne, Nr. 4629—4667; Sonnabend, 27. März, Dame Kobold, Nr. 4668—4698; Sonntag, 28. März, Die Hermannsschlacht, Nr. 4699—4778; Montag, 29. März, Dame Kobold, Nr. 4779 bis 4817.

Neues Theater. Von Montag, 22. März, bis Montag, 29. März, Der Mustergatte. Montag 22. Nr. 3571—3820; Dienstag 23. Nr. 6506—6755; Donnerstag 25. Nr. 6756—7005; Freitag 26. Nr. 7006—7255; Sonnabend 27. Nr. 7256—7505; Sonntag 28. Nr. 7506—7755; Montag 29. Nr. 7756—8005.

Albert-Theater. Sonntag, 21. März, Der fröhliche Weinberg, Nr. 8581—8640; Montag, 22. März, Die fünf Frankfurter, Nr. 8641—8700; Dienstag, 23. März, Fräulein Julie, Die Stärkere, Nr. 8701—8760; Mittwoch, 24. März, Antonius und Kleopatra, Nr. 8761—8820; Donnerstag, 25. März, Die fünf Frankfurter, Nr. 8821—8880; Sonnabend, 27. März, Fräulein Julie, Die Stärkere, Nr. 8881—8940; Sonntag, 28. März, Madame Sans Gêne, Nr. 8941—9000; Montag, 29. März, Fräulein Julie, Die Stärkere, Nr. 9001—9060.

Das nächste Sinfonie-Konzert findet Mittwoch, den 24. März, 7,30 Uhr im Gewerbehaus statt. Leitung Generalmusikdirektor Edward Mörike. Als Solistin wirkt mit: Frau Kraemer-Bergau vom Stadttheater Leipzig. — Zur Aufführung gelangt: Mozart-Variationen von Reger; Orchester-Gesänge von Bruch und Brahms und am Schluß des Abends steht die 1. Sinfonie C-Moll von Brahms.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Pflichtveranstaltungen zu besuchen. Freier Konzertkartenverkauf für Nichtmitglieder nur bei F. Ries, Grefr., C. Römisch, Waisenhausstraße, sowie Abendkasse à 3,— Mk.; für nicht aufgerufene Mitglieder in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 24/26 (11—3 Uhr), und Abendkasse à 1,50 Mk. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten und Jugendbünde erhalten gegen Ausweis an der Abendkasse Galeriestehplätze à 80 Pf. — **Aufgerufene Mitglieder Nr. 4951—5800 und Anrecht B.**

Aus Ostsachsen

Radeberg. (Nachklänge zum Volksbegehren.) Auch in Radeberg war Rot-Front auf dem Posten. Mit Plakatträgern waren die Eintragungsstellen auch von außen kenntlich gemacht. Die zweckmäßigste Abfindung war durch ein großes Plakat kenntlich gemacht. Wilhelm, der Deserteur, am Galgen! Während das Plakat bei der Arbeiterschaft begeisterte Zustimmung fand, löste es bei den Reaktionären ohnmächtige Wut aus. Der sattsam bekannte Justizrat Dr. Hohn machte am Sonntag nachmittag seinen Spaziergang. Ausgerechnet führt ihn sein Weg am Rathaus vorbei. Wie er Wilhelm am Galgen sieht, brüllt er den dienstuenden Schutzmann Nagel an: „Solange dieses Plakat vorm Rathaus steht, betreten wir's nicht. Uebrigens hat Herr Bürgermeister angeordnet, daß die Besetzung des Rathauses mit Schildern unzulässig ist!" Dienstbeflissen äußert sich Herr Schutzmann Nagel auch dazu: „Gewiß, Herr Justizrat, das Rathaus wird ja förmlich belagert. Ich mußte vorhin auch schon einen großen Bogen machen, um ins Rathaus zu gelangen. Ich werde mich gleich mal näher erkundigen!" Zuvor mußten die Schilder schon auf Anordnung der Polizei von der Laterne losgebunden werden. Montag ging der Kampf der Fürstenmachte gegen die von Rot-Front wirksam betriebene Propaganda weiter. Nachmittags 3 Uhr bezog Rot-Front wieder Posten vorm Rathaus. 3,10 Uhr saß der Kamerad samt „Wilhelm am Galgen" schon auf der Polizeiwache. Großangelegte Polizeiaktion, Vernehmung durch den Oberkommissar Einbock: „Wer hat das Plakat gemalt?" „Wer hat's am Sonntag gehalten?" Aber Kamerad Lohse gab keine Auskunft. Ein Beamter bekam den Auftrag, die Genossen Breuer und Wächtler nach der Wache zu holen. Aber Rot-Front ist kein Auskunftsbureau, und so wird Herr Oberkommissar Einbock schon seinen eigenen Spürsinn zu Hilfe nehmen müssen, wenn er etwas erfahren will, was ihn interessiert. Gegen unseren Genossen Breuer benahm sich der Herr Oberkommissar ganz besonders renitent. Er brüllte ihn an: „Ihre Manieren kennen wir zur Genüge; die Zeit wird kommen, wo Sie uns brauchen werden!" Die Zeit kommt ganz bestimmt nicht, Herr Oberkommissar, wo wir als Kommunisten die Polizei „brauchen" werden. Gegen 5 Uhr konnten die Genossen die Polizei wieder verlassen. Wilhelm am Galgen mußte dort bleiben, denn wenn sich die Polizei einmal blamiert, will sie das auch gründlich tun. Am Dienstag morgen wird Auskunft bei der Kreishauptmannschaft eingeholt, und da wird Herr Oberkommissar Einbock erfahren können, daß es mit seinen Lorbeeren, die er sich aufs Haupt drücken will, nichts ist. Skandalös ist es aber, erfahren zu müssen, **daß der 2. Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen unsere Genossen gestellt hat.** Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?!

Kötzschenbroda. Die mit Mittwoch, den 17. März abgeschlossenen Einzeichnungen für das Volksbegehren betr. die Enteignung der Fürstenvermögen sind von 4320 Personen vollzogen worden. In den einzelnen Bezirken sind folgende Zahlen festgestellt worden: Bez. 1—4 Niederlößnitz 675, Bez. 5—7 Kötzschenbroda 1722, Bez. 8 Oberort 628, Bez. 9—10 Naundorf-Zitzschewig 1285. Da in der Stadtgemeinde Kötzschenbroda mit einer Einwohnerzahl von rund 18 000 Einwohnern 11 700 wahl- bezw. einzeichnungsberechtigt waren, haben sich nur 37 Prozent an dem Volksbegehren beteiligt. — Oberlößnitz: Von 1465 wahlberechtigten Personen haben sich 408, also 28 Prozent, eingezeichnet. — Radebeul: Von zirka 8800 Wählern haben sich 3968 Personen eingezeichnet, rund 45 Proz., davon 1965 Frauen und 2003 Männer. — In Coswig wiesen die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren 1558 Stimmen auf, bei einer Wählerzahl von rund 3400 Berechtigten, sind 45,8 Prozent Beteiligung. — Kötitz: Von 1300 Wählern haben 737 ihre Stimme abgegeben, somit 56 Prozent aller Stimmfähigen. — In Kaditzschenbroda ist demnach, gegenüber den zuletzt stattgefundenen Wahlen die Stimmen beider proletarischen Parteien zusammengezählt, ein Stimmenzuwachs von 7—800 zu verzeichnen. Unsere weitere Aufgabe muß daher sein, alle Kräfte anzuspannen, um Aufklärung zu schaffen, daß in der Entscheidungsstunde beim Volksentscheid nicht nur 37 Prozent, sondern die doppelte Zahl der Wählerschaft zur Wahlurne gebracht werden muß. Hoffentlich zieht aus diesem Resultat auch die SPD. hier am Ort ihre Schlüsse und lehnt nicht wieder das gemeinsame Arbeiten mit der KPD. ab. Uns wäre zweifellos ein anderer Erfolg beschieden gewesen, hätte die SPD. nicht die Bildung des Arbeitskomitees abgelehnt und somit die bessere Bearbeitung der einzelnen Bezirke verhindert. Es besteht jetzt allem Anschein nach doch noch die Hoffnung beim Einsetzen der Entscheidungsstunde (Volksentscheid), daß eine Verständigung der Mitglieder beider Parteien stattfinden wird. Wir würden es natürlich auf das freudigste begrüßen im Interesse des Sieges der Arbeiterschaft.

Coswig. (Faschistenterror unter Duldung der Behörden.) Ein skandalöser Vorgang spielte sich in Coswig ab. Der „barmherzige" Jungdeutsche Orden hielt hier in einem regelrechten Schießstand Schießübungen mit scharfer Munition ab, ohne daß Regierungsorgane und Behörden einschritten. Der hoffnungsvolle Sprößling des Gutsbesitzers Starke schoß nun außerhalb des Schießstandes auch im Walde weiter und verletzte dabei den 13jährigen Sohn des Schlossers Albrecht so schwer, daß dieser sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Am Dienstag wird sich das Coswiger Gemeindeverordnetenkollegium mit diesem unerhörten Vorgang beschäftigen, und wir fordern die Einwohner auf, diese öffentliche Sitzung, die abends 7 Uhr beginnt, zahlreich zu besuchen. Den Schurken muß jetzt endgültig das Handwerk gelegt werden!

Pirna. (Blitzlichter.) In unserer schönen Stadt wird korrekt von den Ordnungsbehörden gehandelt: Kommt ein Mensch in die Polizeiwache und meldet den Verlust seines Hutes. Er möchte wissen, wann er wieder einmal nachfragen kann. Der „Schutz"mann Paßler, der seine Ruhe nicht stören lassen will, will ihn hinauswerfen; als der Mann sich das verbittet, schlägt P. sofort mit dem Gummiknüppel los, wirft ihn zu Boden, tritt ihn ins Gesäß und mißhandelt ihn aufs widerlichste. Der Mann meldete sich darauf bei den Stadtverordnetenfraktionen der SPD. und KPD., die einhellig feststellten, daß hier eine unerhörte Grausamkeit vorliege und es deshalb in der letzten Sitzung zur Sprache brachten. Darauf erklärte der Dezernent lakonisch, die Sache liege schon bei der Staatsanwaltschaft und sie habe bisweilen anders zugetragen. Die Rechte solidarisierte sich mit diesem „Ordnungshüter" und verließ geschlossen das Plenum. Und solche Leute reden über die „schwarze Schmach".

Ein Muster von Arbeitgeber scheint der Gastwirt und Stadtverordnete Hanse vom Hotel „Zum weißen Schwan" hier zu sein. Wie uns ein bei ihm beschäftigt gewesener Hausdiener mitteilt, bedient sich Herr Hanse [illegible], um seinem Personal seinen Herrenstandpunkt klar zu machen. „Hund, wenn du noch ein Wort sagst, schlage ich dich nieder!" — „Halten Sie Ihre Schnauze, Sie sind auch einer von dem roten Gesindel." — Die Frau, die sicher im Evangelischen Frauenverein ist, meint: „Ja, ihr könnt den anderen die Freße vollhauen, da schadet es auch Ihnen nichts, wenn Ihnen die Freße breitgepoch wird!" — Die netten Leute scheinen in Pirna ostelbische Manieren einführen zu wollen.

Pirna. (Für drei Monate an die Luft gesetzt!) In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde auf Antrag der KPD. mit Mehrheit beschlossen, den deutschnationalen Stadtverordneten Nitsche auf 3 Monate von den Stadtverordnetensitzungen auszuschließen. Dieser „nationale" Herr hat unter dem Namen „Erich Walter" Beschlüsse der Stadtverordneten in der Gehaltsfrage zugunsten unterer Beamten dem Ministerium als „ungesetzliche Handlungen" denunziert. Das Ganze ist ein Teil des Kampfes, den eine machtgierige Clique in der Stadtverwaltung gegen alle nicht in ihrem Interesse liegenden Beschlüsse führt. Vorläufig hat er den verdienten Fußtritt erhalten. Hoffentlich folgt bald der nächste.

Berggießhübel. (Rote-Hilfe-Veranstaltung.) Am vergangenen Sonntag veranstaltete die „Rote Hilfe" Berggießhübel einen Theaterabend zugunsten der politischen Gefangenen und für die Gefallenen. Zur Aufführung gelangte das Stück „Die Henker der Justiz" von der Roten Wanderbühne, Kulturgemeinschaft Dresden. Durch die rege Arbeit unserer Genossen war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Vorstellung begann mit einer Ansprache des Bezirksvorstandes der „Roten Hilfe" Ostsachsen. Genosse Koch, Dresden, zeigte Ziel und Aufgabe der „Roten Hilfe". Das Theaterstück selbst zeigte die Klassenjustiz in ihrer wahren Gestalt. Unschuldige Proletarier werden dem Henker ausgeliefert, Schuldige spricht man frei. Fast allen Männern und Frauen standen die Tränen der Empörung in den Augen. Das Stück ist geeignet, in allen Orten den Arbeitern die Leiden der proletarischen Gefangenen nahe zu bringen. Genossinnen und Genossen! Wer für unsere Gefangenen noch ein Herz hat, der trete noch heute ein in die „Rote Hilfe". Die Beiträge sind nur wöchentlich 10 Pf. Es wird dadurch vielen Frauen und Kindern geholfen, die heute vielleicht ohne die „Rote Hilfe" schon verhungert wären.

Rundfunk

Montag, den 22. März:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle). 3 bis 3,30 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Anfänger. 3,30—4 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene. 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. 6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr.-Ing. Riedel: „Die Kunst, geistig und körperlich richtig zu arbeiten". (4. Vortrag.) 7,30—8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Karl Wolff, Erster Dramaturg des Staatlichen Schauspielhauses Dresden: „Goethe und Friederike Brion von Sesenheim". 8,15 Uhr: Dresden: Goethes Liebesfrühling. Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10,15 Uhr: Funkbrettl.

Dienstag, den 23. März:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle). 3—3,30 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3,30—4 Uhr: Stud.-Rat. Heering, Dozent am staatl. Gewerbelehrerseminar: „Das Wachsen des Erziehungsgedankens neben dem Wirtschaftsgedanken." 4 bis 4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6,30—7 Uhr: Esperanto-Kursus, gehalten von Prof. Dr. Dieterle, Direktor des Esperanto-Institutes für Auslandkunde: „Südtirol und sein deutsches Volkstum". 8,15 Uhr: Plaut-Abend. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10—12 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert.

Voraussichtliche Witterung am 23. März (Dienstag). Nord- und Mitteldeutschland. Teils heiter, teils wolkig ohne besondere Niederschläge, kalt, Nacht frostig. Süden. Ziemlich trüb, etwas Schnee, kalt.

24. März (Mittwoch). Abwechselnd heiter und wolkiger, vorwiegend trocken, Nachtfrost, tagsüber wärmer.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Ein falscher Weg

Gewerkschaftliche Spitzenverbände und Erwerbslosen-Unterstützung

N. K. Unter der Ueberschrift „Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge“ bringt der „Vorwärts“ vom 18. März das Schreiben der Spitzengewerkschaften ADGB., Hirsche und Christen an den Reichsarbeitsminister. Darin fordern sie die sofortige Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und bis dahin die Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen unter Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen.

Die Lage der Erwerbslosen ist erbärmlich. In allen Orten stehen die Erwerbslosen in Verbindung mit den Arbeitenden in den Betrieben zum Kampf für die Beschaffung von Arbeit, für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent und für die Aufhebung der ungerechten Ortsklassendifferenzierung. Mit Freuden wäre der kleinste Schritt der Gewerkschaften und besonders des ADGB. zur Unterstützung dieses Kampfes zu begrüßen. Jedoch das, was die Gewerkschaften vorschlagen, bedeutet nicht eine Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen zur Durchführung ihrer Forderungen, sondern ist vielmehr ein Akt gegen die Erwerbslosen, der auf die Zersplitterung der Kampfkraft der Erwerbslosen hinausläuft. Der Vorschlag der Gewerkschaften fordert darum den schärfsten Protest aller Arbeiter heraus.

Von den Unternehmern wird seit langem ein systematischer Kampf gegen die „hohen“ Sätze der Erwerbslosenunterstützung geführt. Immer wieder behaupten sie, daß die Erwerbslosenunterstützung höher ist, als der Lohn in den verschiedenen Berufen. Von den sächsischen Industriellen wurde auf der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung das Ziel folgendermaßen formuliert:

„Bei der Erwerbslosenfürsorge ist für eine entsprechende Distanz zwischen Unterstützungsbetrag und Arbeitslohn in jedem Falle Sorge zu tragen. An der Gestaltung der Löhne und der Arbeitszeit muß sich der Staat bewußt sein, daß er damit die von ihm übernommene Regelung auch die Verantwortung für alle sich ergebenden Folgen auf sich genommen hat.“

Angenommen, diese Behauptung der Unternehmer, die Unterstützungssätze seien in den verschiedenen Branchen höher, als wie die Löhne, so bedeutet das noch lange nicht, daß die Erwerbslosenunterstützungssätze zu hoch sind, sondern beweist nur, daß in Deutschland menschenwürdige Löhne nicht gezahlt werden. Das Deutsche muß selbst Julius Hirsch in seinem Buche „Das deutsche Wirtschaftswunder“ zugeben. Er schreibt:

„In fast allen Ländern mit fester Valuta in Europa und Amerika hat Deutschland zwei Jahre nach der Stabilisierung seiner Währung außer dem armen Oesterreich noch die niedrigsten Löhne. Diese größtenteils eben wegen unserer wirtschaftlichen Fehlorganisation. Unsere Arbeitnehmer haben dagegen erst sehr spät Front zu machen begonnen.“

Gibt es eine stärkere Anklage für die falsche Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer, die aus Rücksicht auf die kapitalistischen Profitinteressen es nicht wagten, einen energischen Kampf für die Erhöhung der Löhne zu führen? Die „Arbeitnehmer“ sind doch in Gewerkschaften, und die Gewerkschaftsführer haben durch ihre Politik immer mehr die Macht der Unternehmer gestärkt. Wenn auf Grund dieser Tatsache die Erwerbslosenunterstützung in einzelnen Branchen wirklich höher als der Lohn ist, so ist dies die schwerste Anklage gegenüber den Gewerkschaftsreformisten, denn kein Mensch wird doch behaupten, daß die Unterstützung für die Erwerbslosen zu hoch ist.

Die Vorschläge der Gewerkschaften bedeuten aber weiter nichts anderes, als ein Entgegenkommen der Gewerkschaften den Forderungen der Unternehmer gegenüber. Heißt es doch in dem Schreiben wörtlich:

„Obwohl wir überzeugt sind, daß die Einwände gegen die heutigen Höchstsätze auf der Verallgemeinerung von Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Beseitigung etwa vorhandener Uebelstände mitzuwirken.

Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erblicken wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten, nach Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen.“

Kläglich jedoch ist es, wenn Gewerkschaftsinstanzen das dauernde Unterschreiten der miserablen Löhne als einen Uebelstand bezeichnen, für deren Beseitigung sie sorgen wollen. Wäre es nicht vielmehr ihre Aufgabe, auf Grund dieser Tatsache den Kampf für die Erhöhung der Löhne zu organisieren.

Die Einteilung der Erwerbslosen nach Lohnklassen kann nur zur weiteren Spaltung der Front der Erwerbslosen im Interesse der Unternehmer führen, die versuchen, die Erwerbslosen zu zermürben und ihre Uneinigkeit auszunutzen, um sie im Kampf gegen die Arbeitenden in den Betrieben zu gebrauchen. Die Erwerbslosen werden nach diesem Vorschlag nicht nur wie bisher in einzelne Ortsklassen geteilt, sondern nach diesem Vorschlag erstreckt sich die Teilung und Differenzierung selbst noch auf die einzelnen Orte. Die erwerbslose Arbeiterschaft wird durch dieses neue System auch noch örtlich gespalten. Eine solche Zersplitterung liegt aber nicht im geringsten im Interesse der Erwerbslosen.

Aber weiter bedeutet diese Lohnklasseneinteilung gleichfalls eine Verschlechterung für die große Masse der Durchschnittsarbeiter und eine Bevorzugung der qualifizierten Arbeiter.

Auch in Deutschland muß die Arbeiterklasse wie in England dafür kämpfen, daß allen Arbeitern ähnlich so wie in England gleiche Unterstützungssätze gezahlt werden, um so von vornherein die Möglichkeit der Spaltung der Erwerbslosen zu verhindern, andererseits aber werden die gleichen Unterstützungssätze als Hebel für die Erhöhung der Löhne in den schlechtbezahltesten Berufen wirken, und somit ein Mittel für die Besserung der Existenz der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Unternehmer bilden.

Wie die Lohnklasseneinteilung ein Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Unternehmer ist, ebenso bedeutet auch das Eintreten für die Arbeitslosenversicherung ein Entgegenkommen der Unternehmer. Die Arbeiterschaft fordert nicht die Einführung der Erwerbslosenversicherung, sondern eine Erwerbslosenfürsorge, durch die alle erwerbslosen Arbeiter erfaßt werden und für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit Unterstützung bekommen. Die Mittel müssen dazu Staat und Unternehmer aufbringen und die Fürsorge muß unter Kontrolle der Gewerkschaften und Erwerbslosenausschüsse stehen. Die Arbeiter müssen darum auch das Eintreten für die Erwerbslosenversicherung ablehnen.

Den Erwerbslosen interessiert nicht so sehr die Verabschiedung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung, als vielmehr die Frage, wie ist es möglich, sie wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchzusetzen. Eine Verabschiedung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes würde ja im wesentlichen an dem heutigen Zustand der Erwerbslosenversicherung nichts ändern, weil ja heute schon keine Erwerbslosenfürsorge mehr vorhanden ist, sondern schon das System der Erwerbslosenversicherung besteht.

Das Aufwerfen dieser Frage durch die Gewerkschaften kann nur dazu führen, die Erwerbslosen von ihrem Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen abzuhalten und so der reaktionären Regierung die Möglichkeit zu geben, die Forderungen der Erwerbslosen abzulehnen. Das darf nicht geschehen, deswegen müssen in allen Versammlungen, in allen Orten die Erwerbslosen den Vorschlag der Gewerkschaften ablehnen und sie zwingen, sich für die von den Erwerbslosen aufgestellten Forderungen einzusetzen. Am 23. März werden deshalb in allen Orten Deutschlands die Erwerbslosen mit den Arbeitenden im Betrieb für die Durchsetzung ihrer Forderungen demonstrieren.

Gewerkschaftstag in Groß-Dresden

Die Parteipflicht gebietet restlose Teilnahme der gesamten Mitgliedschaft entsprechend der Industriezugehörigkeit.

Dienstag, am 23. März, abends 7 Uhr für

Graph. Gewerbe im Restaurant Berner, Bönischplatz, Ecke Elisenstraße;

Angestellte, Techniker, Beamte, in Liebigs Bierstuben, Schießgasse;

Bauarbeiter, Dachdecker, Maler, Zimmerer, im „Materni-Hof“, Materni-, Ecke Bartholomäusstraße;

Eisenbahner, Verkehrsbund, 5.30 Uhr im „Palmbaum“, Freiberger Straße;

Fabrikarbeiter, Glas- und Porzellanarbeiter, im Restaurant Schimm, Dresden-Neustadt, An der Dreikönigskirche;

Gemeinde- und Staatsarbeiter im Restaurant Finckeisen, Theaterstraße (am neuen Schauspielhaus);

Holzarbeiter, Böttcher, im Restaurant Finke, Theaterstraße 2 (am neuen Schauspielhaus);

Lebens- und Genußmittel, Nahrungsmittel, Getränke

Metallarbeiter, Kupferschmiede, im Bürgerkasino, Große Brüdergasse;

Tabakarbeiter im Restaurant Diesner, Freiberger Straße;

Textilarbeiter, Bekleidungsgewerbe, Hutarbeiter, „Leubener Gasthof“ (Linie 12 oder 18);

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und unsere Aufgaben in Betrieb und Gewerkschaft!

Referenten: Behr, Enderle (Berlin), Füssel, Göbel, Gruner, Kleit, Lewinsohn, Langer, Renner, Reichelt, Rohde, Schneider, Schreiter.

Ausfuhrgeschäfte der sächsischen Industrie nach Rußland

Uebernahme einer anteiligen Garantie des sächsischen Staates

Die Reichsregierung hat vor einiger Zeit beschlossen, Aufträge der deutschen Industrie für Sowjet-Rußland durch Uebernahme einer Kreditgarantie zu erleichtern. Es handelt sich bei den russischen Aufträgen um Lieferungen für den Ausbau der russischen Montan-Industrie, für die Ausstattung von Fabriken, sowie für landwirtschaftliche Betriebe im Gesamtwerte von etwa 300 Millionen Reichsmark. Die Regierung übernimmt für die aus den Aufträgen erwachsenden Zahlungsverbindlichkeiten des Auftraggebers einen Teil des Risikos in Höhe von 35 Prozent des Kaufpreises. Es kommt eine Garantie bis zu 105 Millionen Reichsmark für das Reich in Frage. Die Reichsregierung hat jedoch die Uebernahme einer Garantie abhängig gemacht davon, daß auch die Länder, in deren Gebiet die russischen Bestellungen untergebracht werden, sich an der Garantieleistung beteiligen. Die Länder sollen für 25 Prozent der Auftragssumme die Garantie übernehmen. Der Rest des Risikos soll durch die Unternehmer getragen werden.

Die sächsische Regierung hat in Ausführung dieser Beschlüsse der Reichsregierung an den Landtag eine Vorlage gelangen lassen, nach der der sächsische Staat für 10 Millionen Mark Garantie-Verpflichtungen für russische Aufträge übernimmt. Es handelt sich keineswegs um direkte Kredite, die an Sowjet-Rußland gegeben werden, sondern nur um die Uebernahme einer Garantie für fehlgehende Geschäfte. Die Reichsregierung hat selbst im Haushaltausschuß des Reichstages erklärt, daß seit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages kein einziges Geschäft mit Sowjet-Rußland zusammengebrochen sei. Alle russischen Aufträge sind prompt bezahlt worden, so daß keinerlei Risiko im Geschäftsverkehr mit Sowjet-Rußland besteht. Auch in diesem Falle riskiert der sächsische Staat absolut nichts. Im Gegenteil. Es muß dagegen Stellung genommen werden, daß die sächsische Regierung die Gesamtverpflichtung des Staates nur bis 10 Millionen Mark übernehmen will. Das kommt einer Drosselung des Geschäftsverkehrs mit Sowjet-Rußland gleich.

Weniger Lohn — dafür Prügel

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Da sich die Arbeiter der verschiedensten Abteilungen bei der Firma Hönisch u. Co. infolge des rückständigen Lohnes weigerten, die Arbeit aufzunehmen, wurde von dem Betriebsrat für Donnerstag, den 18. März, eine Betriebsversammlung angesetzt. Mittags um 12 Uhr erschien der Betriebsleiter mit dem Direktor Hönisch in der Versammlung, um den Arbeitern die Wirtschaftslage der Firma klarzulegen. Selbstverständlich waren die Lehrlinge in dieser Versammlung auch anwesend. Da sie nach Beendigung der Mittagspause nicht rechtzeitig zur Arbeit zurückkehrten, wurden sie, als die Versammlung beendet war, mit einer Tracht Prügel empfangen. Der Obermeister Böhm ließ diese Gelegenheit nicht vorübergehen, die Lehrlinge wieder einmal zu züchtigen. Mit geballten Fäusten stürzte er sich auf einen der Lehrlinge und verprügelte ihn, und die anderen erhielten, soweit sie von ihm ergriffen wurden, heftige Ohrfeigen. Bei diesen Mißhandlungen half der Meister Zimmermann kräftig mit und teilte ebenfalls Ohrfeigen aus. Wahrscheinlich wollte man den Lehrlingen damit beweisen, daß sie sich nicht um Dinge zu kümmern haben, die die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit angeht. Eine nette Methode, die Löhne zurückzubehalten und dafür die Kinder der Arbeiter zu verprügeln, wenn sie sich um ihre ureigensten Angelegenheiten kümmern. Bedauerlicherweise hat sich auch, wie uns berichtet wird, niemand gefunden, die Lehrlinge gegen solche brutale Methoden in Schutz zu nehmen.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. **Grenadierstraße und Filialen**

Condesa de Razenau:

Memoiren

DURCHGESEHEN UND BEARBEITET VON HAVELOCK UND SLANG

(5. Fortsetzung.)

Doch er liebt mich sehr. Er hat es mir gestanden, es sind finanzielle Sorgen! Der Eckenburger Familienschatz und die Familienjuwelen befinden sich unterwegs nach Dänemark. Wenn nur alles gut geht! Dänemark wird sicher neutral bleiben. Es wird alles bei einer Bank deponiert. Wie phantastisch! Wird doch einmal eine Zeit kommen, wo das Volk seine Fürsten nicht mehr achtet? Auch wenn der Krieg verloren geht? Nein! So etwas ist undenkbar. Aber warum ist der Herzog so mißtrauisch?

Jetzt fällt mir ein, daß wir nur die erste Kriegsanleihe gezeichnet haben. Der Hofmarschall hat für alle weiteren Zeichnungen abgeraten. Die internationale Sozialdemokratie habe ihre Hände zu stark im Spiele. Auch sie habe für die Kredite gestimmt. Das sei verdächtig.

Seitdem der Abgeordnete Philipp Scheidemann sich persönlich gestern für alle Kriegsanleihen erklärt habe, seien sie keine nationale Sache mehr, um so viel weniger noch eine fürstliche!

Wie komisch doch der Hofmarschall argumentiert. Dabei wollen doch diese Leute nur, soweit ich begreife, ihre besten Absichten ihre Treue zu Kaiser und Reich bekunden.

Der Marschall ist persönlich unterwegs. Nur seiner Führung hat der Herzog den Familienschatz anvertraut. In zwei Tagen erwarten wir Meldung. Ein Chiffre-Telegramm aus Kopenhagen. Dann wird Adi nicht mehr so gedrückter Stimmung sein. Weiß Gott, er benimmt sich jetzt wie ein gerupftes Huhn, der süße Bub. Dann kann der Pöbel schon ein Tänzchen riskieren.

Ich tat gut, daß ich den Rat des Prinzen Lippe befolgte! Ich will es gestehen, auch ich bin mißtrauisch. In einem Tagebuch der [illegible]

von Dänemark. Und dann ein ganz geheimer Tip: 20 000 Mark lege ich in Dollars in Bethlehem-Steel-Aktien an. Die besten Papiere, sagt Prinz Lippe, außer den englischen natürlich. Die Dänenkronen stehen auch sehr hoch. Lippe meint, entweder dänisches Schweineschmalz oder amerikanischer Stahl, auch britische Kolonialwerte würden durchhalten. Alle regierenden Häuser wären dabei, sich hier zu engagieren.

Wie furchtbar komisch ich das finde. Das Volk wird sich eher die Hände abhacken, als aufhören, Hab und Gut unserer Fürsten zu mehren! Das ist meine Ueberzeugung! Auch bei einem unglücklichen Ausgang des Krieges. Und schließlich, was heute an Fürstenvermögen im Ausland angelegt wird, kann eben nur dem Volke wieder zugute kommen. Fürsten und Volk, Kaiser und Reich sind untrennbar. Ich glaube, es ist nur ein anderer Weg, eine raffiniertere Art, den Feind zu schlagen, wenn man ihn willen im Kriege zwingt, Zinsen für deutsches Geld zu zahlen.

Ich will diese Ueberlegung dem Herzog mitteilen, damit er nicht schlecht über seine Handlung denkt. Wollte sich Königin Luise nicht auch Napoleon opfern im Interesse des Vaterlandes? Nun, die Fürsten riskieren ihr Vermögen, damit es mit Zins und Zinseszins dem Volke erhalten bleibt. Es ist also kein Mißtrauen, sondern ein Opfer für Eckenburg, wenn Adi den Familienschatz in Dänemark sicherstellt …

Ich bin froh, daß ich diese Gedanken zu Papier bringen kann. Ja, ich korrigiere mich gern … Man muß nun glauben, eine Tat sei edel, dann ist sie es!

Das zynische Lächeln des Prinzen Lippe dabei will nicht viel bedeuten. Gestern behauptete er, die Nervosität Ludendorffs auf unserer Hofjagd sei nur ein kleiner Ablaß des Unwillens der Nervosität des gemeinen Mannes an der Front. Alles dränge zur Etappe. Der Prinz legte dabei die flache Hand an den Hals und machte eine schneidende Bewegung: Das Volk habe es satt bis dahin! Nein, ihn will ich nicht als Begleiter zum Großen Hauptquartier. Ich will meine eben gewonnenen Anschauungen rein erhalten, ich will sie auf den Herzog übertragen. Auch er soll sich überzeugen, das Volk wird durchhalten …

26. Oktober 1916. Wenn ich überlege, ich werde doch erst ganz beruhigt sein, sobald das Chiffre-Telegramm des Hofmarschalls eingetroffen ist. Immerhin, 20 000 Mark! Soviel hat mir Adi als Unterpfand unserer zärtlichen Bande in Gestalt einer Rente zwar tausendmal auf Lebenszeit versprochen. Aber [illegible] Der Gute ist ja so generös, [illegible]

Stunde, in der er diese seine Großmütigkeit mit dem herzoglichen Siegel krönt, zu beschleunigen.

5. November 1916. Nein, so glücklich war ich lange nicht. Der Herzog hat für alle Fälle für jene Zeit disponiert, wo er einmal nicht mehr ist. Auf Drängen der Familienmitglieder ist das herzogliche Testament nun zustande gekommen. Und wie hat er mich dabei bedacht. Aus meinen Augen hat er es gelesen. Nun habe ich es schwarz auf weiß! Hier, an dieser Stelle, Adi, soll deine Güte und Liebe in Abschrift durch meine Hand auf immer verewigt sein.

Nein, wie zurückhaltend, wie hochachtungsvoll er mich behandelte!

Verehrte gnädige Frau!

Ich habe durch ein Schreiben an meinen Sohn bestimmt, daß Ihnen, teuerste Freundin, auf Lebenszeit ein Jahresgehalt von 20 000 Mark (in Worten: zwanzigtausend Mark) ausgezahlt wird, und zwar halbjährlich am 1. Januar und am 1. Juli je 10 000 Mark. Nehmen Sie es freundlich an als ein bescheidenes Zeichen meiner ständigen Fürsorge.

Ich bitte Sie, von diesem Schreiben an geeigneter Stelle Gebrauch zu machen, wenn, was ich nicht erwarte, durch Mißverständnisse eine Verzögerung eintreten soll.

Ich danke Ihnen hierbei immer wieder von ganzem Herzen für alle mir gezeigte Freundschaft und Selbstlosigkeit.

Ihr alter Freund Adolf Dietrich.

Adi, du bist krank! Ja, meiner Dankbarkeit konntest du nicht bis zuletzt standhalten. Schlafe für heute noch ein wenig … mein Süßster … dann bekommst du statt 2 mal 2 gleich 6 mal 6 Pillen von deiner Candesa.

25. Januar 1917. So sieht also die „Front“ aus? Ich habe mir die Sache viel ergreifender vorgestellt. Wenn man unsere heimattreuen Offiziere reden hört, schwirrte es nur so von Granatsplittern und Dum-Dums.

Charleville ist ein nettes kleines Städtchen. Franzosen gibt es so gut wie gar keine hier, und ich hätte doch so gern einmal … (unleserlich). Die Deutschen sind mir zu germanisch, aber das macht der Krieg. Nach dem Abendessen im Café des Westens — so etwas gibt es in Charleville auch!!! — hat mir von B. versprochen, mir für die Kaisergeburtstagsfeier eine Einladung zu verschaffen. Was zieht man da an?

Ich bin hier beinahe die einzige Dame. Die Schwestern vom Roten Kreuz werden von den Offizieren respektlos als Feldmatratzen bezeichnet. Die Mädchen sind tatsächlich furchtbar geschmacklos. Ob der Kaiser Interesse für Frauen hat?

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Fußballsport

1. Klasse. Potschappel—Leipzig-W. 3:0 (1:0).

Am Burgwartsberg hatte Potschappel den Gruppenmeister Leipzig-W. zu Gaste. Nach Anstoß begann sofort ein flottes Spiel, welches bis zur Halbzeit Potschappel das 1. Tor einbringt. Nach Wiederanstoß weiter ein zähes Ringen beider Mannschaften. Der Ausgleich hängt in der Luft. Leipzig ist technisch gut. Potschappel jedoch besser und erzielt bis Schluß noch 2 Tore. Leipzig war durchweg etwas nervös. Der Tormann und die Verteidigung spielten aufopfernd. Potschappels Hintermannschaft war ein schwer überwindlicher Block, der Sturm jedoch unentschlossen und schußfaul.

Spielvereinigung 02—Pieschen 2:5.

Flottes Spiel von Anfang bis Ende. Beide Gegner waren sich gleichwertig. Das Glück war auf seiten Pieschens. Spielvereinigung in neuer Aufstellung wird in der kommenden Verbandsserie einen achtungsvollen Gegner abgeben.

Neustadt—Zschachwitz 3:3.

Neustadt spielt an. Nach 15 Minuten führt Zschachwitz 1:0. Kurz darauf fällt das 2. Tor für Zsch. Von Neustadt wird ein Mann verletzt, so daß diese nur noch mit 10 Mann spielen. 10 Minuten vor Halbzeit tritt ein Ersatzmann ein. Halbzeit 3:1 für Zschachwitz. Nun kommt Neustadt in Schwung und stellt bald das Endresultat her. Der Schiedsrichter war gut.

Sport-Verein 01—Helios 1:8 (0:4), Ecken 3:8.

01 hat Anstoß, muß jedoch den Ball sofort an Helios abgeben, die in den ersten 20 Sekunden mit 1:0 in Führung gehen, denen bis zur Halbzeit noch 2 weitere Treffer angereiht werden. Nach der Halbzeit stellt Helios obiges Resultat her. 01 schießt das erste und letzte Tor. Schiedsrichter war, bis auf 3 Abseitstore für Helios, gut. Dem Spielverlauf nach mußte es 5:1 stehen.

Eintracht—Radeberg 6:3 (3:2).

Eintracht tonangebend von Anfang bis Ende. In der 1. Halbzeit legt Eintracht 3 Tore vor, dem Radeberg 2 entgegensetzt. Nach dem Wechsel kann Eintracht noch 3 Treffer anbringen. Für Radeberg war die Ausbeute nur ein Elfmeter. Der angesetzte Schiedsrichter glänzte mit Abwesenheit.

Weitere Resultate. Cossmannsdorf—Cotta 3:5, Deuben—Weißig 2:0, Sportfreunde 09—Heidenau 1:3, Neustadt—Zschachwitz 3:3.

Löbtau—DSV15 5:2 (3:1).

Den wenigen Zuschauern wurde ein hohes, aber flottes Spiel gezeigt. In der 1. Halbzeit waren sich beide Mannschaften gleichwertig, nur der Torschuß fehlte bei DSV. Nach Wechsel gestaltete Löbtau das Spiel etwas interessanter und kam öfter vor das Tor der DSVer. Trotz der Ueberlegenheit Löbtaus konnten sie nur 2 Tore erzielen. Der Schiedsrichter war für das Spiel nicht geeignet.

Ausscheidungsspiele der 2. Klasse.

Meißen 1—Komet, Freiberg 1 1:3 (1:2).

Dieses Treffen spielte sich meist in beiden Torräumen ab. Das Resultat hätte demgemäß höher ausfallen müssen, doch wurde durch Aufgeregtheit und lautes Reden viel verdorben.

Fortschritt 1—Kötzschenbroda 1 1:5 (1:2). Ecken 1:9.

Auf beiden Seiten große Nervosität. In der 13. Minute geht Kötzschenbroda in Führung und reiht 8 Minuten darauf einen 2. Treffer an. F. gelingt es, auch ein Tor anzubringen. Nach Wechsel spielt K. stark überlegen. 3 weitere Tore waren die Ausbeute. Bei F. klappte es gar nicht. Der Schiedsrichter konnte befriedigen.

Weitere Spiele:

Weißig 1—Radenau 1 10:3

Flottes, lebhaftes, jedoch hohes Spiel. Bis zur Halbzeit liegt W. mit 5:2 in Führung. Bis zum Schluß kommt obiges Resultat zustande. Etwas mehr Ruhe und Fairneß wäre von beiden Mannschaften wünschenswert.

Pirna 1—Dohna 1 2:4 (2:0), Ecken 5:2

Pirna technisch gut. Dohna munter, zeigen jedoch ein sehr hohes Spiel. Nach Halbzeit wird vom Schiedsrichter ein Elfmeter für Dohna verhängt, wodurch das Spiel ungünstig beeinflußt wurde. Lautes Reden und unsportliches Benehmen dem Schiedsrichter gegenüber, der auch nicht befriedigte, führten 10 Minuten vor Schluß zum Abbruch.

Unt. Klassen. Niedersedlitz 1—Zschachwitz 2 6:2. Fortuna 1—Loschwitz 1 6:0. Potschappel 2—Striesen 1 3:2. Dippoldiswalde 1—Birkigt 2 4:3. Klotzsche 1—DSV2 1:3. Spielvereinigung 02 2—Coswig 1 10:0. Neustadt 2—Ottendorf 1 1:2. Niedersedlitz 2—Helios 3 0:3. 1885 2—Cotta 4 11:2. Coswig 2—Löbtau 3 2:1. Weißig 3—Radenau 2 2:0. Potschappel 3—Zauckerode 2 3:2. Pirna 2—Heidenau 2 4:1. Pieschen 4—Eintracht Ah. 2:1. Klotzsche 2—Cauznitz 1 7:0. Klotzsche 3—Weixdorf 2 2:3. Graupa 1—Pirna Ah. 4:0. Graupa 2—Königstein 1 3:0. Radebeul 2—Lockwitz 1 6:1. Radebeul 3—Coswig 3 4:0. Radebeul 4—Neustadt 4 4:2. Löbtau 4—Süd 3 2:5. Pieschen 3—Weißig 3 6:2. Neustadt 3—Zschachwitz 3 5:3. Eintracht 2—Süd 1 2:1.

Jugendmannschaften. DSV1—Cotta 1 1:1. DSV2—Süd 2 3:0. Fortuna 1—Löbtau 1 2:0. Cossmannsdorf 1—Radenau 1 4:0. Cossmannsdorf 2—Heidenau 2 2:0. Pirna 2—Pieschen 2 0:1. Spielvereinigung 02 1—Deuben 1 0:2. Radebeul 1—Cossebaude 1 6:2. Sportfreunde 09 1—Ottendorf 1 5:0. Sportfr. 09 2—Meißen 2 1:1. Neustadt 1—Brand-Erb. 1 6:0. Neustadt 2—Helios 2 1:2. Neustadt 3—Potschappel 3 0:4. Eintracht 1—Helios 1 1:2.

Knabenmannschaften. DSV2—Neustadt 2 20:1. Klotzsche 1—Fortuna 1 2:1. Kleinnaundorf 1—Potschappel 1 1:1. Neustadt 1—Cotta 1 0:2.

Alte Herrenmannschaften. DSV—Neustadt 0:7. VfB12—Löbtau 0:5. Sportfr. 09—Meißen 0:2.

Auswärtige Resultate

Bezirk Leipzig. 09—Britannia 07 12:0. Pennewitz—Wahren 3:5. Knauf-Kleeberg—Großzschocher 3:2. Eilenburg—Plagwitz 2:1. Gautzsch—Schönefeld 1:0. Kleinzschocher—Eutritzsch 6:3. Oetzsch—Viktoria 12 2:1. Sellerhausen—Vorwärts Süd 9:1. Wideritzsch—Delitzsch 3:0. Frischauf Wurzen—Preußen 2:2. Paunsdorf—Thekla 1:1.

Chemnitzer Bezirk. Zahn-Dobeln—Mittweida 4:1. Grüna—Sturm Mittelbach 5:2. Sturm Frankenberg—Reil 4:0. Porna—Favorit 0:4. Schönau—Sachsen 1:1. Rapid—Fortuna 0:0. Vorwärts—Einsiedler Sportklub 2:2.

Noch in aller Erinnerung wird das so bedeutungsvolle Treffen zwischen dem Dresdner Sportverein 1910 und dem VfB Leipzig-Sellerhausen sein, bei dem sich nach zähem Ringen der Dresdner Sportverein die Kreismeisterwürde verdiente. Die Wichtigkeit des damaligen Spieles bewiesen recht reichlich 12000 Zuschauer, die das Oval der Dresdner Städtischen Kampfbahn füllten.

Nun steht ein noch wichtigeres Spiel bevor, das

Entscheidungsspiel um die mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft,

das am 28. März in Freital zum Austrag gelangen wird. Die Gegner in diesem Spiel sind die Meister des 2. und 3. Kreises, also der

Dresdner Sportverein 1910 und die **TT Braunschweig,**

die sich in den Vorrundenspielen für dieses Endspiel qualifizierten. Wenn es auch dem DSV. nicht sonderlich schwer gefallen sein dürfte, den Verein Breslau-Süd 8:1 zu schlagen, so muß man doch berücksichtigen, daß auch der thüringische Meister, die spielstarke Spielvereinigung Ilmenau, vom Meister des 2. Kreises mit 5:0 glatt erledigt wurde. Das läßt zwei Behauptungen zu: Der Dresdner Sportverein steht einem nicht zu unterschätzenden Gegner gegenüber und — das Spiel muß demzufolge einen äußerst spannenden Verlauf nehmen.

Arbeiter-Athleten. Dienstag, den 23. März, abends 7,30 Uhr Technikersitzung im Volkshaus, Garderobezimmer. Außer den Vereinstechnikern hat jeder Verein mindestens noch zwei Genossen zu entsenden, die an dem Kampfrichterkursus teilnehmen.

Naturfreunde Dresden. Wandergenossen, meldet euch zur Sonderzug ins Böhmische Mittelgebirge. In der Geschäftsstelle Ritzenbergstraße 4, am 24. und 27. März. — Veranstaltungen am 23. März: Jugendabteilung Mitgliederversammlung im Hausbauausschuß. Versammlung 7,30 Uhr Geschäftsstelle. — 24. März: Neustadt Vortrag: Was sollen wir singen. — 26. März: Unterhaltungsabend und geselliges Beisammensein. — Johannstadt Liederabend. — Striesen Lichtbildervortrag: Erinnerungsbilder aus unseren Wandergebieten. — Löbtau Lichtbildervortrag. — Cotta Lichterbildervortrag zur Einweihung des neuen Apparates. — Pieschen Kartenspielabend. — 26. März: Photosektion Versammlung. — Wintersportsektion Versammlung. — Plauenscher Grund. Jugendabteilung. Dienstag 23. März Vorlesung aus Tollers Schwalbenbuch. — Hainsberg-Cossmannsdorf. 24. März: Arbeitsausschußsitzung, 8 Uhr. — Am 22. März: Radebeul-Oelsa Verwaltungssitzung, 8 Uhr, beim Genossen Friedrich. — 23. März: Borsdorf Arbeitsabend. — Bezirksortschaften Führer- und Verwaltungssitzung. — 25. März: Hellerau Vorbereitung zur Osterwanderung. — 26. März: Ottendorf-Okrilla Vortrag des Genossen Hängekorb: Meine Italienfahrt. — Briesnitz-Cossebaude. 27. März Werbeabend im „Schäferhaus": Nach ich fahr in die Welt.

Amtliche Mitteilungen

der Sächsischen Spielvereinigung, 4. Kreis, 2. Bezirk

Achtung! Berichterstatter und Vereine! Dienstag, den 23. März Berichterstatterversammlung im der Geschäftsstelle, Ritzenbergstr. 6, abends 7,30 Uhr. Jeder Verein hat einen Vertreter zu entsenden.

Am Sonnabend den 27. März findet in der Geschäftsstelle 7 Uhr eine Sitzung des 2. Verwaltungsbezirks, also der 1. Fußballgruppe statt, die sich mit der Neuwahl des Gruppenleiters beschäftigen muß. Es ist darum Pflicht aller betreffenden Vereine und Abteilungen, einen Vertreter zu entsenden.

Neue Spielkleidung: Spielvereinigung 02, Vollmannschaften: Blaues Jersey mit gelbem Aufschlag, weiße Hosen. Jugend- und Schülermannschaften: Gelbe Hosen und grünes Jersey. Rähnitz: Blaues Jersey mit grünen Aufschlägen und grünen Hosen. Rottwerndorf: Zieht 2. Mannschaft zurück.

Schwarze Liste: Anmeldungen: Werner, Martin, 74, wegen Vereinsschulden. Abmeldungen: E. Max Klinger, 6590 v. Sturm. Albert Schmidt, 6931 v. Kreischa. Richard Kaiser, 7826, und Walter Eicher, 7527 v. Weißig. Georg Hängl, 7702 v. Wilschdorf. Walter Füßler, 5459 v. Meißen.

Versammlungskalender

KPD. Ortsgruppe Zittau. Dienstag den 23. März, abends 8 Uhr, findet in „Stadt Metz" eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

RFB. Abt. 3 Striesen. Montag, 22. März, abends 7,30 Uhr „Glasewaldthof" Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

VFB. Abt. 3 Striesen. Sonnabend, 27. März, Unterhaltungsabend mit Tanz in Adlers Vereinshaus, Blasewitz, Tolkewitzer Straße. Anfang 7 Uhr.

JVB. Süd-West! Wir treffen uns am Dienstag Punkt 5 Uhr am Bürgergarten.

RFB. UG. Pirna 1 u. 2. Dienstag, 23. März, müssen alle Ortsgruppen des UG. um 5 Uhr nachm. am Volkshaus Pirna stellen. Heidenau, Dohna, Zschachwitz müssen an der Demonstration mit teilnehmen.

Freidenker Gruppe Cotta. Dienstag den 23. März, abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der „Constantia". Gen. Papert spricht über das Thema: „Vom Weltgeistlichen zum Freidenker".

JAG. Ortsgruppe Cheesbach. Dienstag den 23. März, abends 8 Uhr in „Stadt Leipzig" (mittleres Zimmer) Mitgliederversammlung.

Amtliche Bekanntmachungen

Montag den 22. März, abends 1/27 Uhr

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

im Bürgersaal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Ueberlassung von Land an den Naturheilverein
2. Ausbau der Wiesenstraße.
3. erster Nachtrag zur Verfassung der Stadtgemeinde Bischofswerda, Berichterstatter Stadtv. Dr. Hüttner,
4. Verwendung der Mietzinssteuer, Berichterstatter Stadtverordneter Wagner,
5. Eingabe Barthel in Sachen Erwerbslosenfürsorgebeiträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Bischofswerda, am 19. März 1926.

Mittag, Vorsteher.

A. Schönborn

Kl. Plauensche Gasse 16 ★ Weißeritzstraße 46

Lebensmittelhaus der werktätigen Bevölkerung!

Sonder-Angebot!

5 Pfd. Perlbohnen	—.96	4 Pfd. Mehl	—.95
4 Pfd. Reis	—.98	6 Pfd. Linsen	—.96
4 Pfd. gebr. Gerste	—.96	6 Pfd. g. Erbsen	—.95
4 Pfd. gebr. Kaffee	—.95	½ Pfd. besten Kaffee	—.95
4 Pfd. Graupen	—.95		

Alle sonstigen Lebensmittel zu den billigsten Tagespreisen

Wo kaufen Sie billig und gut?

Konfirmanden- und Entlassungs-, Herren-, Burschen-, Kinderanzüge, Gummimäntel, Sportanzüge, Hosen usw. / Konfirmandenkleider, Mäntel, Blusen usw.

eventl. Teilzahlung

Sanders Garderobehaus

38 Schmiedestr. **Pirna** Schmiedestr. 38

Theater am Wasaplatz

Allabendlich 8 Uhr:

Liebe und Trompetenblasen

Lustspiel in 3 Akten von Blum und Bachwitz.

Vorzugskarten aufgehoben, dafür Preise herabgesetzt!

Sonntags keine Preiserhöhung!

Tymians Thalia-Theater

Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens

Täglich 8 Uhr

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Kinderwagen-Eichhorn

Trompetersteig 17

Wo kehren die Genossen in Dresden ein??

Im „Lilienparten", Liliengasse 25

CAPITOL

PRAGER STRASSE 31

DER NEUE SASCHA-PHOEBUS-FILM

FIAKER Nr. 13

IN DER HAUPTROLLE:

LILY DAMITA

WEITERE MITWIRKENDE:

Valeska Stock / Hermann Picha / Paul Biensfeld / Walter Rilla / Jack Trevor

Regie: Michael Kertesz

4 | 1/4 7 | 1/2 9

Herren **Fahrräder** Damen

Ia Marken - leichte Zahlung

Waschmaschinen - Reparaturen - Sämtliche Ersatzteile billigst -

Löbtau, Tharandter Straße 73

Leser

beruft euch bei Einkäufen auf die „Arbeiterstimme"!

Die guten Saftwürstchen, die guten Altdeutschen Würstchen, die gute Knoblauchwurst

täglich frisch von 4 Uhr ab warm

Emil Paul, Fleischermeister, Pirna, Markt 14

Sammet-Reste schon von 2.50 M an

Rester-Zentrale, Pirna, Lange Straße 39

ZEISS Punktal-Gläser

CARL ZEISS JENA

Otto Reuscher

Staatl. gepr. Optiker - Pirna - Fernsp. 021

Lieferant sämtlicher Krankenkassen